

Die Protokolle der CDU/DA-Fraktion
in der Volkskammer der DDR 1990
(März–September 1990)

Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte

Im Auftrag der
Konrad-Adenauer-Stiftung
herausgegeben von
Michael Borchard, Günter Buchstab,
Hanns Jürgen Küsters und Günther Schulz

Band 75/1
Lothar de Maizière:
„... es geht um die Ablösung
einer geschichtlichen Epoche.“
Die Protokolle der CDU/DA-Fraktion
in der Volkskammer der DDR
(März – September 1990)

Lothar de Maizière:
„... es geht um die Ablösung einer
geschichtlichen Epoche.“

Die Protokolle der CDU/DA-Fraktion
in der Volkskammer der DDR
(März–September 1990)

Teilband 1

Eingeleitet und bearbeitet
von Stefan Marx

wbg Academic ist ein Imprint der Verlag Herder GmbH
© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2025
Hermann-Herder-Straße 4, 79104 Freiburg
Kontaktadresse für Produktsicherheitsfragen: produktsicherheit@herder.de
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de

Satz und E-Book: Arnold & Domnick, Leipzig
Umschlaggestaltung: Arnold & Domnick, Leipzig
Umschlagmotiv: © picture-alliance/dpa/Michael Jung

Printed in Germany

ISBN Print: 978-3-534-64228-1
ISBN E-Book (PDF): 978-3-534-64229-8

Inhaltsverzeichnis

Teilband 1

Vorwort	IX
Einleitung.	XI
Hinweise zur Edition	LXI
Danksagung	LXIII

Dokumente

Protokolle der CDU/DA-Fraktion in der Volkskammer der DDR März – Juni 1990	1
---	---

1 Berlin, Dienstag 27.März 1990 Fraktionssitzung ACDP, 11-040-0682, 11-040-0683, 11-040-0684, 11-040-0685	2
--	---

2 Berlin, Montag 2.April 1990 Fraktionssitzung ACDP, 11-040-0642.	70
--	----

3 Berlin, Mittwoch 4.April 1990 Fraktionssitzung ACDP, 11-040-0641.	146
--	-----

4a Berlin, Dienstag 10.April 1990 Fraktionssitzung ACDP, 11-040-0644.	189
--	-----

4b Berlin, Mittwoch 11.April 1990 Fraktionssitzung ACDP, 11-040-0645.	242
--	-----

Inhaltsverzeichnis

5		
Berlin, Mittwoch 18. April 1990		
Fraktionssitzung		
ACDP, 11-040-0657.	293	
6		
Berlin, Dienstag 24. April 1990		
Fraktionssitzung		
ACDP, 11-040-0646.	331	
7		
Berlin, Dienstag 8. Mai 1990		
Fraktionssitzung		
ACDP, 11-040-0651.	399	
8		
Berlin, Dienstag 15. Mai 1990		
Fraktionssitzung		
ACDP, 11-040-0648.	442	
9		
Berlin, Dienstag 22. Mai 1990		
Fraktionssitzung		
ACDP, 11-040-0649.	494	
10		
Berlin, Dienstag 29. Mai 1990		
Gemeinsame Sitzung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag mit Ministerpräsident Lothar de Maizière und den Volkskammerabge- ordneten der Allianz für Deutschland		
ACDP, 08-001-1094/1	538	
11		
Berlin, Dienstag 29. Mai 1990		
Fraktionssitzung		
ACDP, 11-040-0652.	581	
12		
Berlin, Dienstag 5. Juni 1990		
Fraktionssitzung		
ACDP, 11-040-0654.	625	

Teilband 2

Dokumente

Protokolle der CDU/DA-Fraktion

in der Volkskammer der DDR Juni – September 1990 701

13

Berlin, Dienstag 12. Juni 1990

Fraktionssitzung

ACDP, 11-040-0663 702

14

Berlin, Dienstag 19. Juni 1990

Fraktionssitzung

ACDP, 11-040-0661 770

15

Berlin, Mittwoch 20. Juni 1990

Fraktionssitzung

ACDP, 11-040-0656 811

16

Berlin, Dienstag 26. Juni 1990

Fraktionssitzung

ACDP, 11-040-0659 839

17

Berlin, Dienstag 3. Juli 1990

Fraktionssitzung

ACDP, 11-040-0666 905

18

Berlin, Dienstag 10. Juli 1990

Fraktionssitzung

ACDP, 11-040-0668 964

19

Berlin, Mittwoch 18. Juli 1990

Fraktionssitzung

ACDP, 11-040-0670 1043

20

Berlin, Dienstag 21. August 1990

Fraktionssitzung

ACDP, 11-040-0672 1127

Inhaltsverzeichnis

21	
Berlin, Dienstag 28. August 1990	
Fraktionssitzung	
ACDP, 11-040-0675	1179
22	
Berlin, Dienstag 4. September 1990	
Fraktionssitzung	
ACDP, 11-040-0676	1237
23	
Berlin, Dienstag 11. September 1990	
Fraktionssitzung	
ACDP, 11-040-0678	1296
24	
Berlin, Dienstag 18. September 1990	
Fraktionssitzung	
ACDP, 11-040-0680	1356
25	
Berlin, Donnerstag 20. September 1990	
Fraktionssitzung	
ACDP, 11-040-0681	1388
26	
Berlin, Freitag 28. September 1990	
Fraktionssitzung	
ACDP, 11-040-0688-01	1403
27	
Berlin, Freitag 28. September 1990	
Fraktionssitzung	
ohne Zeitangabe	
ACDP, 11-040-0688-02, 11-040-0688-03.	1409

Anhang

Kurzbiogramme	1424
Verzeichnis Regierung de Maizière	1456
Abkürzungsverzeichnis	1460
Quellen- und Literaturverzeichnis	1466
Bildquellen	1473
Personenregister	1475
Sachregister.	1491
Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte	1508

Vorwort

In den Sonntags- und Jubiläumsreden überwiegen in Sachen „Volkskammer“ die Superlative. Die erste wirklich freie und geheime Wahl zur Volkskammer im März 1990 sei eine „Sternstunde der Demokratie“ gewesen und die Arbeit der Volkskammer ein Musterbeispiel dessen, was der Parlamentarismus zu leisten vermag. Das alles ist freilich ebenso zutreffend, wie es die Realität jener Monate zwischen dem März 1990 und dem Oktober 1990 allenfalls holzschnittartig abbildet. Dieses Defizit mag auch an der von vielen früheren Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtlern beklagten Tatsache liegen, dass der Blick auf den gesamten Prozess der Wiedervereinigung nicht selten von der westdeutschen Perspektive geprägt ist und die Protagonisten jener historischen sechs Monate viel zu selten zu Wort kommen lässt. Diese Enttäuschung ist auch deshalb nachvollziehbar, weil diese eindimensionale (West-)Sicht immer wieder auch „Wasser auf die Mühlen“ jener Populisten ist, die von den politischen Rändern aus den falschen Eindruck vermitteln wollen, es habe sich bei der Wiedervereinigung um eine beinahe „handstreichartige“ Übernahme der DDR durch die Bundesrepublik gehandelt – mehr oder minder frei von demokratischer Legitimation. Das schmälert die nötige Anerkennung der Leistung der Abgeordneten der Volkskammer, die ihrem Land einen wahrhaftig unschätzbaren Dienst erwiesen haben. Und es blendet die vielen Herausforderungen aus, vor denen die engagierten Frauen und Männer dieser Zeit gestanden haben: den Umgang mit den Belastungen der Vergangenheit, den ungeheuren Zeitdruck, die beispiellose Ernsthaftigkeit, das übergroße Verantwortungsbewusstsein, aber auch die leidenschaftliche Debattenkultur und Gestaltungsfreude.

Was für die Volkskammer insgesamt gilt, gilt unter dem Brennglas ganz besonders auch für die Fraktion, die schon wegen ihrer schieren Größe nach dem überraschenden Wahlergebnis vom 18. März den bedeutendsten Anteil der Verantwortung getragen hat: die CDU/DA-Fraktion. Ohne jeden Zweifel wäre die Verabschiedung des Einigungsvertrages und damit auch die Wiedervereinigung ohne ihre Arbeit so nicht möglich gewesen. Dass dieser Einsatz, bis auf die zwei Abgeordneten der Fraktion, die bereits vorher der Volkskammer angehört hatten, ohne jede politische Vorerfahrungen geleistet wurde, macht die Arbeit der Fraktion und der Regierung in dieser Zeit nur noch beachtlicher. Dass der DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière die „herzerfrischenden Momente eines guten Laienspiels“ hervorhob, verdeckt die Sprengkraft, die viele der internen Debatten hatten. Unter diesen Herausforderungen sei das Thema Abtreibungsrecht ebenso exemplarisch genannt wie die Frage, wie mit Belastungen durch Verstrickungen einzelner Abgeordneter mit der vormaligen DDR-Staatssicherheit umzugehen ist. Dass durch diese „Schule der Demokratie“, wie der Historiker Horst Möller die Arbeit der Volkskammer genannt hat, auch aus vielen angeblichen Laienspielern wichtige Akteure der Politik in den neuen Ländern geworden sind, darf nicht verschwiegen werden.

Nicht zu unterschätzen ist auch, welche transformatorische Wirkung dieser Prozess auf die CDU in der DDR hatte und welchen wichtigen Anteil diese sechs Monate auch an der Geschichte der gesamten CDU einnehmen. Nicht wenige der Wortführer der CDU/DA-Fraktion, die eine wichtige Rolle in den Debatten einnahmen, hatten sich schon vor der Volkskammerwahl für eine massive Veränderung der CDU eingesetzt: Else Ackermann mit dem Brief von Neuenhagen und später dann eine ganze Gruppe von anderen spä-

teren Abgeordneten der frei gewählten Volkskammer, die mit dem „Brief aus Weimar“ einen umfassenden Umbau der CDU der DDR von einer sozialistischen Partei zu einer politischen Gruppierung, die auch für die Bürgerrechtler „anschlussfähig“ war, anstrebten.

Die damalige stellvertretende Sprecherin der DDR-Regierung und spätere deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat bei einer Gedenkveranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung gesagt, man habe die gut sechs Monate seit der Volkskammerwahl wie eine Art „Ausnahmезustand“ erlebt: „Sich selbst innerhalb von sechs Monaten gleichsam neu zu erfinden, um sich wieder abzuschaffen, ohne genau zu wissen, wie es für den Einzelnen weitergehen sollte – das war etwas, das vermutlich niemand von uns kalt ließ (...). Mich jedenfalls berührte dieser Prozess sehr.“

Von einigen wenigen Erfahrungsberichten und Zeitzeugengesprächen einmal abgesehen, gibt es nur wenige „Innensichten“ des Transformationsprozesses. Diese Edition der Protokolle ermöglicht einen solchen Blick hinter die Kulissen. Das ist uns nur möglich, weil die CDU/DA-Fraktion sich selbst, aber auch der Wissenschaft, durch eine herausragende, damals scheinbar beiläufige Entscheidung ein unschätzbares Geschenk gemacht hat, nämlich das Wort der Akteure von damals im buchstäblichen Sinne hören, oder wenigstens im Wortlaut nachvollziehen zu können: Die CDU/DA-Fraktion war nach unseren Erkenntnissen die einzige Gruppe im Parlament, die ihre Sitzungen per Tonband aufgezeichnet hat. Die Edition dieser Mitschnitte war der Konrad-Adenauer-Stiftung, die von Beginn an den Wiedervereinigungsprozess als aktiver Akteur in den neuen Ländern mitgestaltet hat, aber auch mir persönlich ein echtes Herzensanliegen. Mit der akribischen Editionsarbeit und der sachkundigen Kommentierung durch Stefan Marx, dem für seine unermüdliche Arbeit zu danken ist und der viele der noch lebenden Volkskammerabgeordneten in dieses Projekt mit einbezogen hat, liefern wir der Wissenschaft eine einzigartige Quelle.

Uns würde es als Konrad-Adenauer-Stiftung darüber hinaus sehr freuen, wenn der Enthusiasmus, der aus diesen Protokollen spricht, gleichsam als späte Wiedergutmachung auch in den westlichen Ländern Deutschlands, aber auch in ganz Deutschland wenigstens nachträglich jene Begeisterung entfacht, deren Fehlen in Westdeutschland die damalige Präsidentin der Volkskammer Sabine Bergmann-Pohl zu Recht beklagt hat.

Was mit der ersten freien Volkskammerwahl als demokratischem Neubeginn mit der höchsten Wahlbeteiligung in der Geschichte freier Wahlen in Deutschland begonnen hat, muss in der öffentlichen Wahrnehmung noch sichtbarer werden. Der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung und frühere Bundestagspräsident Norbert Lammert hat die „Art der Überwindung des autoritären DDR-Staatssystems“ als „ebenso beispiellos wie beispielhaft“ porträtiert. „Einen vergleichbaren Vorgang hat es in der europäischen Geschichte nie gegeben – und es hätte ihn auch nicht gegeben, wenn es die Volkskammer nicht gegeben hätte.“ Es hätte ihn gewiss auch nicht gegeben, wenn die tonangebende CDU/DA-Fraktion nicht so herausragende Arbeit geleistet hätte. Die Konrad-Adenauer-Stiftung widmet diesen Band daher den Abgeordneten der CDU/DA-Fraktion in der frei gewählten Volkskammer und wünscht diesem Buch die Verbreitung, die es als wesentlicher Beitrag zur Forschung verdient.

Berlin, im Januar 2025

Dr. Michael Borchard
Konrad-Adenauer-Stiftung

Einleitung

Am 18. März 1990 fanden die ersten freien Wahlen zur Volkskammer in der Geschichte der DDR statt. Das Wahlgesetz vom 20. Februar 1990 bildete die Grundlage für diese Wahlen, die als reine Verhältniswahl ohne Sperrklausel durchgeführt wurden.¹ Listenverbindungen mehrerer Parteien oder anderer politischer Vereinigungen waren zulässig. 19 Parteien und fünf Listenverbindungen bewarben sich um die 400 Sitze in der Volkskammer. Darunter befanden sich mit der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU), dem Demokratischen Aufbruch (DA) und der Deutschen Sozialen Union (DSU) auch drei Parteien, die keine Listenverbindung eingingen, sich aber zu dem Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ zusammenschlossen.

„Allianz für Deutschland“ – ein Zweckbündnis ungleicher Partner

Das Zustandekommen der „Allianz für Deutschland“ gestaltete sich „mehr als kompliziert“, wie Lothar de Maizière, der Vorsitzende der CDU in der DDR, am 10. Februar 1990 vor dem Vorstand seiner Partei betonte.² Es bedurfte „einer sehr schwierigen und ungewöhnlich arbeitsreichen Woche“³, bis am 5. Februar 1990 die drei Parteivorsitzenden Lothar de Maizière (CDU), Wolfgang Schnur (DA) und Hans-Wilhelm Ebeling (DSU) gemeinsam mit Bundeskanzler Helmut Kohl auf einer Pressekonferenz vor dem Gästehaus der Bundesregierung in West-Berlin die Vereinbarung über das Wahlbündnis vorstellten. Von einer Liebesheirat konnte keine Rede sein. Vielmehr handelte es sich um ein Zweckbündnis ungleicher Partner, die schwer zueinanderfanden. Anfangs war auch die Deutsche Forumspartei beteiligt, die sich aber letztlich für eine Zusammenarbeit mit der LDP und der FDP-Ost in dem Wahlbündnis „Bund Freier Demokraten“ entschied.⁴ Damit kamen in der „Allianz für Deutschland“ die CDU als ehemalige Blockpartei, der DA mit seinen Wurzeln in der Oppositionsbewegung des Herbst 1989 und die DSU als Neugründung, die sich von Anfang an an den bundesdeutschen Unionsparteien orientierte, zusammen.

1 Für den Wortlaut des Wahlgesetzes vgl. GBl. DDR 1990 I S. 60–65.

2 Für den Wortlaut vgl. Protokoll der 2. Tagung des Parteivorstands der CDU in der DDR vom 10. Februar 1990, in: ACDP, Bestand CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

3 So der westdeutsche CDU-Vorsitzende Helmut Kohl in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 6. Februar 1990, in: ACDP, Bestand CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 08-001-1092/2.

4 Vgl. Michael Walter: „Es ist Frühling, und wir sind (so) frei“. LDP(D), NDPD, DFP und FDP der DDR 1989/90 (Spektrum Politikwissenschaft, Bd. 4). Würzburg 1998, S. 82–85; Wolfgang Jäger: Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozess der Vereinigung 1989/90 (Geschichte der deutschen Einheit, Bd. 3). Stuttgart 1998, S. 228 f.; Michael Richter: Die Bildung der Allianz für Deutschland, in: HPM 15 (2008), S. 335–346, hier 344 f.

Die CDU in der DDR – Gründung und Gleichschaltung einer Partei

Auch in der Sowjetischen Besatzungszone entstand die CDU im Sommer 1945 als „Sammlungspartei neuen Typs“⁵. Mit ihrer Registrierung als Partei wurde die CDU von der Besatzungsmacht zum Eintritt in die „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ – oft verkürzt als „Block“ bezeichnet – gezwungen.⁶ Als sogenannte Blockpartei waren die politischen Handlungsspielräume der CDU von Beginn an begrenzt. Nach der Staatsgründung der DDR im Oktober 1949 verschärfte sich der Anpassungsdruck, Säuberungswellen führten zu einem umfassenden Austausch von Parteifunktionären. Der Gleichschaltungsprozess der CDU fand 1952 mit der Verwaltungsreform in der DDR und mit der offiziellen Anerkennung der führenden Rolle der SED auf dem 6. Parteitag in Ost-Berlin seinen Abschluss. Die Landesverbände der CDU wurden aufgelöst und die Parteistruktur der neuen Verwaltungsgliederung der DDR in 14 Bezirke angepasst. Vergleichbar war die Entwicklung der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD). Die Blockparteien wurden in dem Prozess der Gleichschaltung „zu SED-konformen Kaderparteien umfunktioniert“⁷.

*Unruhepotentiale und Reformbestrebungen –
die Briefe aus Neuenhagen und Weimar*

Wie die Geschichte der CDU in den folgenden dreieinhalb Jahrzehnten zeigte, war es nicht gelungen, auch die Basis der Partei völlig gleichzuschalten. Im Zusammenhang mit dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953, dem Mauerbau vom 13. August 1961 oder dem Volksentscheid über die sozialistische Verfassung vom 6. April 1968 wurde erkennbar, dass es an der Parteibasis „Unzufriedenheit und Widerstandspotentiale“⁸ gab. Durch die Reformpolitik Gorbatschows ermutigt, wurden in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre an der Parteibasis vermehrt Stimmen laut, die ihre Unzufriedenheit mit der eigenen Parteiführung und den Zuständen in der DDR zum Ausdruck brachten. In besonderer Weise rumorte es an der Parteibasis in Neuenhagen am östlichen Stadtrand von Berlin. Hier war die Ärztin Else Ackermann seit 1986 Vorsitzende der CDU-Ortsgruppe, welche sich am 27. Juni 1988 in einem Brief an die Parteiführung in Berlin „Gedanken zu gesellschaftlichen Fragen in der DDR“ machte.⁹ Die Unzufriedenheit und Kritik be-

5 Ralf Thomas Baus: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung – Programm – Politik (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 36). Düsseldorf 2001, S. 85.

6 Zur Geschichte der CDU in der SBZ/DDR, für die eine Gesamtdarstellung noch aussteht, vgl. Oliver Salten: Die CDU der SBZ/DDR, in: Norbert Lammert (Hg.): Handbuch zur Geschichte der CDU. Grundlagen, Entwicklungen, Positionen. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage Darmstadt 2023, S. 211–221.

7 Ute Schmidt: Von der Blockpartei zur Volkspartei? Die Ost-CDU im Umbruch 1989–1994 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 81). Opladen 1997, S. 37.

8 Manfred Agethen: Unruhepotentiale und Reformbestrebungen an der Basis der Ost-CDU im Vorfeld der Wende. Der „Brief aus Weimar“ und der „Brief aus Neuenhagen“, in: HPM 1 (1994), S. 89–114, hier 90.

9 Zum Brief aus Neuenhagen vgl. ebd., S. 99–104; Schmidt: Von der Blockpartei zur Volkspartei, S. 45–49.

schränkte sich nicht auf die eigene Partei, sondern nahm das DDR-System überhaupt in den Blick. Die Neuenhagener Ortsgruppe thematisierte unter anderem die Ausreiseproblematik, den fehlenden geistigen Pluralismus, die Gleichschaltung der Medien, die mangelnde Transparenz politischen Handelns und die Basisferne von Staats- und Parteifunktionären. Die Kritik war (noch) systemimmanent. Es ging also um Reformen innerhalb der CDU und des politischen Systems der DDR. Die Parteiführung in Berlin reagierte auf den Vorstoß aus Neuenhagen hilflos. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Forderungen der Ortsgruppe fand nicht statt. Vielmehr mussten alle Exemplare des Briefes vernichtet werden.

Im folgenden Jahr – vor allem mit dem „Brief aus Weimar“ vom 10. September 1989¹⁰ – wuchs die Kritik der Parteibasis an der Führung in Berlin um den Vorsitzenden Gerald Götting. Verfasst wurde der sogenannte Brief aus Weimar von vier Mitgliedern der CDU, die haupt- oder ehrenamtlich in der Evangelischen Kirche tätig waren: Martina Huhn, Rechtsanwältin und Mitglied der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR aus Hopfgarten bei Bad Lausick, Martin Kirchner, Oberkirchenrat aus Eisenach und stellvertretender Vorsitzender des Landeskirchenrates der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen, Christine Lieberknecht, Pastorin aus Ramsla bei Weimar, und Gottfried Müller, Kirchenrat aus Jena und Chefredakteur der Kirchenzeitung „Glaube und Heimat“ in Weimar. Das acht Seiten umfassende Schreiben richtete sich an alle Mitglieder und Vorstände der CDU und wurde am 11. September 1989 von den Verfassern persönlich beim Hauptvorstand der Partei in Berlin übergeben. Die Verfasser mahnten eine grundlegende Reform der CDU an, erteilten deshalb dem Prinzip des demokratischen Zentralismus, das „nicht zu den spezifischen Traditionen der CDU“ gehöre, eine klare Absage. Sie forderten mehr innerparteiliche Demokratie und erwarteten sich davon „eine neue Qualität“ in der „politische[n] Mitverantwortung, Mitsprache und Mitarbeit der Partei und ihrer Mitglieder“. Partei und Mitglieder sahen die Verfasser in der Pflicht, „die aktuellen Probleme unseres Landes realistisch und unbeschönigt wahrzunehmen, sie offen zu erörtern und Vorschläge zu unterbreiten, wie sie gelöst werden können.“ Konkret benannt wurden die sich seit dem Sommer 1989 verschärfende Ausreisewelle, von der „nicht der Rand, sondern der Kern der Gesellschaft betroffen“ sei, die Medienpolitik, die auf „Verdrängen, Verschweigen und Beschönigen“ setze und dadurch die tatsächliche wirtschaftliche Lage verschleierte, die Frage der Reisemöglichkeit, die für die meisten Bürger der DDR „einen außerordentlich hohen Wert“ habe, und die Neuregelung des Wahlgesetzes, denn nach den massiven Unregelmäßigkeiten bei den Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 hielten es die Verfasser des Briefes „für ganz ausgeschlossen, dass die nächsten Wahlen zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen noch unter den alten Bedingungen durchgeführt werden.“

Wie schon bei Else Ackermanns „Brief aus Neuenhagen“ zeigte sich die Parteiführung um Götting rat- und hilflos. Da der „Brief aus Weimar“ Mitte September 1989 auf einer Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR bekannt wurde, führten die verzweifelten Versuche der Parteileitung in Berlin, eine Veröffentlichung des

10 Vgl. Ehrhart Neubert: Der Brief aus Weimar. Zur Selbstbefreiung der CDU im Herbst 1989. Sankt Augustin–Berlin 2014; Agethen: Unruhepotentiale und Reformbestrebungen, S. 94–98; Schmidt: Von der Blockpartei zur Volkspartei, S. 49–55. Das Originaldokument ist im ACDP im Depositum von Gottfried Müller unter der Signatur 01-611-001/1 überliefert.

Dokuments zu verhindern, nur dazu, dass es „schnell zum Schlüsseldokument einer sich nun formierenden innerparteilichen Opposition“¹¹ wurde. Als schließlich langjährige Mitarbeiter ihm die Gefolgschaft aufkündigten, war das politische Schicksal von Gerald Götting besiegelt, der am 2. November 1989 als Vorsitzender der CDU in der DDR zurücktrat.¹²

Die CDU (Ost) und die CDU (West) – eine schwierige Annäherung

Mit der Wahl des Berliner Rechtsanwalts und evangelischen Synodalen Lothar de Maizière zum Nachfolger Göttings wurde der personelle Neuanfang eingeleitet, der seine Fortsetzung fand auf dem Sonderparteitag am 15. und 16. Dezember 1989 in Berlin, auf dem die CDU ihre Abkehr vom Sozialismus vollzog und ein Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Einheit der deutschen Nation ablegte. Personell wie inhaltlich-programmatisch markierte dieser Parteitag „einen Bruch mit der Vergangenheit“¹³.

Der Erneuerungsprozess der CDU in der DDR wurde in der westdeutschen CDU unterschiedlich bewertet. Während Landesverbände wie die von Berlin und Hessen sowie die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft und die Exil-CDU bereits im Herbst 1989 Kontakte zur CDU in der DDR knüpften und für eine Zusammenarbeit plädierten, blieb vor allem die Bonner Parteiführung um den Vorsitzenden Helmut Kohl und seinen Generalsekretär Volker Rühe lange Zeit skeptisch gegenüber einer offiziellen Kontaktaufnahme mit der Parteiführung in Ost-Berlin. Die Mitarbeit in der Übergangsregierung Modrow war Kohl und Rühe wie auch der CSU ein Dorn im Auge und wurde von ihnen als „eine Fortsetzung der Blockpolitik und der Zusammenarbeit mit Kommunisten“¹⁴ heftig kritisiert. De Maizière wies diese Kritik zurück und warnte davor, dass ein Ausscheiden der CDU aus der Regierung Modrow „das Land endgültig destabilisieren würde und es ins Chaos geriete“¹⁵.

Die Vorbereitung freier Wahlen gehörte zu den Bedingungen de Maizières für seinen Eintritt in die Regierung Modrow. Auf seiner konstituierenden Sitzung am 7. Dezember 1989 legte der Zentrale Runde Tisch den 6. Mai 1990 als Termin für die Neuwahl der Volkskammer fest.¹⁶ Der drohende wirtschaftliche Kollaps und die Gefahr eines politischen Chaos nach der Erstürmung der Zentrale der ehemaligen Staatssicherheit in der Berliner Normannenstraße am 15. Januar 1990 veranlassten de Maizière und die CDU in der DDR zehn Tage später zum Austritt aus der Regierung, denn „das Kabinett Modrow in seiner ohnehin sehr begrenzten Legitimation und noch mehr begrenzten Autorität konnte diese Lage nicht mehr beherrschen“¹⁷. Verbunden war dieser Rückzug mit der Forderung nach

11 Schmidt: Von der Blockpartei zur Volkspartei, S. 50.

12 Vgl. Agethen: Unruhepotentiale und Reformbestrebungen, S. 97 f.

13 Wolfgang Jäger/Michael Walter: Die Allianz für Deutschland. CDU, Demokratischer Aufbruch und Deutsche Soziale Union 1989/90. Köln 1998, S. 41.

14 Schmidt: Von der Blockpartei zur Volkspartei, S. 92.

15 Lothar de Maizière: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Meine Geschichte der deutschen Einheit. Freiburg im Breisgau 2010, S. 75.

16 Vgl. Jäger: Die Überwindung der Teilung, S. 372.

17 So Lothar de Maizière auf der 2. Tagung des Parteivorstands der CDU in der DDR vom 10. Februar 1990, in: ACDP, Bestand CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Bildung einer neuen Regierung unter Einschluss der verschiedenen Oppositionsgruppen – ein kluger Schachzug, denn „die am 28. Januar [1990] beschlossene Bildung einer ‚Regierung der nationalen Verantwortung‘ ermöglichte der CDU, weiterhin Regierungsverantwortung wahrzunehmen, ohne sich als willfährige Gehilfin der SED-PDS vorführen lassen zu müssen“¹⁸. Die Vereinbarung über die Bildung einer „Regierung der nationalen Verantwortung“ ging einher mit der Vorverlegung des Termins für die Volkskammerwahl auf den 18. März 1990, auf die sich Hans Modrow, der auch weiterhin das Amt des Ministerpräsidenten ausübte, mit dem Zentralen Runden Tisch verständigt hatte.¹⁹ Auch wenn die Wahlvorbereitung auf „eine extrem knappe Zeitspanne“ zusammengedrängt werde, hielt der CDU-Vorsitzende die Vorverlegung des Wahltermins grundsätzlich für richtig, da sich die Arbeit der Regierung „auf Dauer nicht im Krisenmanagement erschöpfen“ könne.²⁰ Es stünden „Grundsatzentscheidungen mit Perspektivwirkung“ an, die „nur von einem demokratisch gewählten Parlament und einer rechtsstaatlich voll legalisierten Regierung“ getroffen werden könnten.

Der Austritt aus der Regierung Modrow und die Vorverlegung des Wahltermins brachten Bewegung in die Diskussion über eine Zusammenarbeit zwischen der CDU (Ost) und der CDU (West). Kohl, der die Bedeutung der Volkskammerwahl erkannte, bei der es „um nichts Geringeres ging als um den Weg zur deutschen Einheit“²¹, konnte auf „die strukturelle Stärke der Ost-CDU“²² nicht verzichten. Die CDU in der DDR zählte zum Jahresende 1989 mehr als 134.000 Mitglieder, verfügte über eine flächendeckende Infrastruktur mit Büros und Geschäftsstellen in allen Bezirken und Kreisen und konnte dabei auf mehr als 1.100 hauptamtlich Mitarbeitende zurückgreifen.²³ Gleichwohl hielt der westdeutsche CDU-Vorsitzende „ein schlichtes Zusammengehen“ mit der CDU in der DDR für „außerordentlich problematisch“, da er befürchtete, dass „die SPD im Wahlkampf mit aller Kraft versuchen würde, die Ost-CDU als alte Blockpartei zu attackieren“²⁴. Deshalb machte er sich für ein Wahlbündnis der CDU mit neuen Gruppen und Parteien stark, die freilich bei Weitem nicht an die Mitgliederzahl und den Organisationsgrad der früheren Blockpartei heranreichten.

Der Demokratische Aufbruch und seine Wurzeln in der Oppositionsbewegung des Herbst 1989

Als möglicher Bündnispartner galt der Demokratische Aufbruch, der seine Wurzeln im Umfeld der Evangelischen Kirche hatte und im August 1989 in Dresden als Bürgerbewegung entstand.²⁵ Zu den Gründungsmitgliedern gehörten unter anderem die Pfar-

18 Jäger/Walter: Die Allianz für Deutschland, S. 56.

19 Vgl. Schmidt: Von der Blockpartei zur Volkspartei, S. 91.

20 So Lothar de Maizière auf der 2. Tagung des Parteivorstands der CDU in der DDR vom 10. Februar 1990, in: ACDP, Bestand CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

21 Richter: Die Bildung der Allianz für Deutschland, S. 343.

22 De Maizière: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen, S. 82.

23 Vgl. Jäger/Walter: Die Allianz für Deutschland, S. 45.

24 Helmut Kohl: Erinnerungen 1990–1994. München 2007, S. 37 f.

25 Zur Geschichte des Demokratischen Aufbruchs vgl. Steffen Kammradt: Der Demokratische Aufbruch. Profil einer jungen Partei am Ende der DDR (Europäische Hochschulschriften. Reihe 31,

rer Rainer Eppelmann aus Berlin und Edelbert Richter aus Erfurt, der Wittenberger Theologe Friedrich Schorlemmer, der Kirchensoziologe Ehrhart Neubert und der Rostocker Rechtsanwalt Wolfgang Schnur. Die formelle Gründungsversammlung fand am 29./30. Oktober 1989 in Berlin statt, auf der beschlossen wurde, den DA bis spätestens zum 1. Mai 1990 als Partei zu gründen.²⁶ Die rund 200 Teilnehmenden wählten einen vorläufigen Vorstand, dem zehn Mitglieder angehörten.²⁷ In das Amt des Vorsitzenden wurde Wolfgang Schnur gewählt, seine Stellvertreter waren Ehrhardt Neubert und die Jenaer Rechtsanwältin Brigitta-Charlotte Kögler. Rainer Eppelmann übernahm die Aufgabe des Pressesprechers. Der DA war zu diesem Zeitpunkt noch ein „bunter Haufen mit einem breiten Spannungsbogen von links-ökologisch bis liberal-konservativ, vom Intellektuellen bis zum Arbeiter“²⁸.

Der inhaltlich-programmatische wie personelle Klärungsprozess des DA

Inhaltlich-programmatisch wie auch personell musste der Gründungsparteitag Klärung bringen, der parallel zu den Parteitag der SED-PDS und der CDU am 16./17. Dezember 1989 in Leipzig stattfand. Der Veranstaltungsort war bewusst ausgewählt worden, denn „in Berlin tagen dann die Wendehäse, in Leipzig die Zukunft der DDR“, wie DA-Vorstandsmitglied Edelbert Richter Anfang Dezember 1989 unterstrich.²⁹ Rund 250 Delegierte aus allen Bezirken der DDR kamen in der sächsischen Messestadt zum Gründungsparteitag zusammen, der kontroverse Debatten erwarten ließ. So wurde im Vorfeld über die Reformierbarkeit des bestehenden politischen Systems gestritten.³⁰ Während die einen grundsätzlich am Sozialismus festhalten wollten und sich ihr Ruf nach Veränderungen deshalb auf eine Demokratisierung des politischen Systems beschränkte, drängten die anderen auf einen Macht- und Systemwechsel in der DDR. Als erster der Oppositionsgruppen in der DDR konstituierte sich der DA als Partei, auch wenn dafür zu diesem Zeitpunkt der rechtliche Rahmen – ein Parteiengesetz – noch fehlte.³¹ Mit der Parteigründung gab sich der DA auch ein offizielles Parteiprogramm.³² Darin plädierte er für die Einführung einer parlamentarischen Demokratie, die um plebiszitäre Elemente wie Volksbegehren und Volksentscheide ergänzt werden sollte, damit „demokratische Verfahrensweisen korrigierbar bleiben“. Einher ging die Forderung nach einer Föderalisierung der DDR und einer konsequenten Durchsetzung der Gewaltenteilung, wobei „das Prinzip der Öffentlichkeit“ als „Voraussetzung der Demokratie“ betont und in den Rang einer vierten Gewalt neben Legislative, Exekutive und Judikative gehoben wurde. In der Wirtschaftspolitik bekannte sich der DA zum

Politikwissenschaft, Bd. 333). Frankfurt am Main 1997; Jäger/Walter: Die Allianz für Deutschland, S. 97–147.

26 Vgl. Kammrad: Der Demokratische Aufbruch, S. 59.

27 Vgl. ebd., S. 60.

28 So die Einschätzung von Ehrhart Neubert zitiert nach ebd., S. 62 f.

29 Zitiert nach ebd., S. 80.

30 Vgl. Jäger/Walter: Die Allianz für Deutschland, S. 115 f.

31 Vgl. ebd., S. 124.

32 Das Programm des Demokratischen Aufbruchs vom 17. Dezember 1989 ist abgedruckt im Anhang von Kammrad: Der Demokratische Aufbruch.

„Prinzip der sozialen Marktwirtschaft mit hohem ökologischen Anspruch“, forderte also nicht weniger als einen Systemwechsel. Ausführlicher beschrieb das Parteiprogramm den Umbau der Wirtschaft mit dem „ökologisch dringend notwendige[n] Wandel von extensivem Wirtschaftswachstum zu intensiv-qualitativem Wachstum“. Auch in der Deutschlandpolitik legte der DA ein klares Bekenntnis ab. „Wir finden uns mit der Spaltung Deutschlands nicht ab“, hieß es in dem Programm, in dem betont wurde, dass die deutsche Frage nicht allein als eine innen- und wirtschaftspolitische Angelegenheit betrachtet werden dürfe, sondern als „Element einer umfassenden kooperativen Politik in Europa (‚Europäisches Haus‘) verstanden“ werden müsse. Die Verabschiedung des Grundsatzprogramms fiel nicht einstimmig aus. Im Gegenteil, sie war begleitet von Auseinandersetzungen zur Frage der Wiedervereinigung und der Ausrichtung in der Wirtschaftspolitik.³³ Der inhaltlich-programmatische Streit fand seine Fortsetzung bei der Wahl des Parteivorsitzenden. Wolfgang Schnur, der die Wiedervereinigung und den Übergang zur Marktwirtschaft befürwortete, konnte sich mit 118 gegen 101 Stimmen knapp gegen die Leipziger Psychotherapeutin Sonja Schröter vom linken Parteiflügel durchsetzen.³⁴ Friedrich Schorlemmer, der an die Möglichkeit glaubte, „aus der DDR eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu machen“³⁵, hatte eine Kandidatur gegen Schnur abgelehnt.

Die Vertreterinnen und Vertreter des linken Parteiflügels um Schorlemmer verließen im Januar 1990 den DA und wechselten überwiegend zur SPD, vereinzelt auch zu anderen Oppositionsgruppen wie Sonja Schröter, die sich der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ anschloss.³⁶

Der inhaltlich-programmatische wie personelle Klärungsprozess war damit abgeschlossen. Der DA hatte sich zu einer reformorientierten, liberal-konservativen Partei in der DDR entwickelt, die intensive Kontakte zur CDU in der Bundesrepublik pflegte. Zu einem ersten Gespräch mit Bundeskanzler Kohl kam es am 24. November 1989 in Bonn, als Schnur und Eppelmann eine Möglichkeit zur Vorstellung des DA erhielten.³⁷ Auf dem Gründungsparteitag des DA war die westdeutsche CDU unter anderem mit Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth und dem Landesvorsitzenden der CDU Nordrhein-Westfalen, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, vertreten, welcher für sein Grußwort mit viel Beifall bedacht wurde.³⁸ Das bedeutete aber nicht, dass der DA mit großer Begeisterung einem Wahlbündnis mit der CDU in der DDR zustimmte. Zunächst gab es im DA-Vorstand keine Mehrheit für einen entsprechenden Vorschlag. Angela Merkel, seinerzeit Pressesprecherin des DA, erinnert sich: „So logisch sich das Unterfangen anhörte, so schwierig war es umzusetzen. Nicht umsonst hatten Menschen neue Parteien gegründet oder waren ihnen – so wie ich – beigetreten. Wir wollten gerade nicht Mitglieder einer der Blockparteien werden, die unter dem Dach der sogenannten Nationalen Front zusammen mit der SED und den SED-Massenorganisationen die DDR-Zeit ideologisch und organisatorisch geprägt hatten. Zwar mögen die Motive vieler Menschen für ihre Mitgliedschaft in der Ost-CDU nachvollziehbar gewesen sein, zum Beispiel weil sie

33 Vgl. ebd., S. 88–90.

34 Vgl. ebd., S. 90 f.

35 Ebd., S. 58.

36 Vgl. ebd., S. 91–95.

37 Vgl. ebd., S. 73.

38 Vgl. ebd., S. 88.

und ihre Familien sich dadurch zum Christentum hatten bekennen können, aber an eine schnelle Erneuerung der Partei glaubten wir nicht.“³⁹ Gleiches galt für die Deutsche Soziale Union, die als weiterer Partner in einem Bündnis für die Volkskammerwahl vorgesehen war.⁴⁰

Die CSU und die Gründung der Deutschen Sozialen Union (DSU)

Die Gründung der DSU am 20. Januar 1990 im Gasthof „Goldene Krone“ in Leipzig war das Ergebnis des Zusammenschlusses von elf Gruppierungen christlich-sozialer und liberal-konservativer Provenienz. Die Wiedervereinigung Deutschlands, die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft und die Wiederherstellung der 1952 aufgelösten Länder in der DDR zählten zu den wichtigsten Themen, die diese Gruppierungen programmatisch einten. Eine Reform des bestehenden politischen Systems lehnten sie ab. Im Gegenteil, sie sahen sich als „Vertreter der ‚nationalen Wende‘ der Friedlichen Revolution, in der sich die DDR-Bürger im Winter 1989 vor allem im Süden Ostdeutschlands zunehmend für die schnellstmögliche Übernahme des westdeutschen Systems aussprachen“⁴¹.

Die Parteigründung erfolgte „mit tatkräftiger Geburtshilfe der CSU“⁴², die in der DDR wie die anderen westdeutschen Parteien auch nach einem Partner für die bevorstehenden Wahlen zur Volkskammer suchte. Als bayerische Regionalpartei stand die CSU strategisch vor der Herausforderung, wie sie ihren bundespolitischen Gestaltungsanspruch in einem größer werdenden Deutschland aufrechterhalten konnte. Am 12./13. Januar 1990 veranstaltete die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag ihre traditionelle Winterklausurtagung im Interhotel „Merkur“ in Leipzig und konnte dabei in Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener neuer politischer Gruppierungen die Weichen zur Gründung der DSU eine Woche später stellen.⁴³ Erster Vorsitzender der DSU wurde Hans-Wilhelm Ebeling, seit 1976 Pfarrer an der Thomaskirche in Leipzig. Unter seiner Führung hatte sich Anfang Dezember 1989 die Christlich Soziale Partei Deutschlands (CSPD) gegründet, die den Kern der DSU bilden sollte.⁴⁴ Die CSPD sah sich „programmatisch zwischen der westdeutschen CDU und der CSU“ stehend.⁴⁵ Entsprechend suchte der Parteivorsitzende Ebeling den Kontakt mit den Unionsparteien in der Bundesrepublik, kam am 15. Dezember 1989 in München unter anderem mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Max Streibl und CSU-Generalsekretär Erwin Huber zusammen und traf fünf Tage später Bundeskanzler Kohl in

39 Angela Merkel mit Beate Baumann: Freiheit. Erinnerungen 1954–2021. Köln 2024, S. 139.

40 Zur Geschichte der Deutschen Sozialen Union vgl. Jäger/Walter: Die Allianz für Deutschland, S. 149–202; Jens Weinhold-Fumoleau: Der Einheit wegen. Parteienkooperationen am Ende der DDR am Beispiel CSU–DSU, in: Renate Höpfinger (Hg.): Die Mauer ist weg! Mauerfall, Wendejahre und demokratischer Neubeginn (Bayerische Lebensbilder 5 – Biografien, Erinnerungen, Zeugnisse). München 2019, S. 135–164.

41 Weinhold-Fumoleau: Der Einheit wegen, S. 139.

42 Jäger/Walter: Die Allianz für Deutschland, S. 161.

43 Vgl. ebd., S. 158 f.; Weinhold-Fumoleau: Der Einheit wegen, S. 153 f.

44 Vgl. Jäger/Walter: Die Allianz für Deutschland, S. 149–153; Weinhold-Fumoleau: Der Einheit wegen, S. 139–141.

45 Aus einer Pressemitteilung der CSPD vom 2. Januar 1990 zitiert nach Jäger/Walter: Die Allianz für Deutschland, S. 151 f.

Dresden anlässlich dessen Besuchs in der Elbestadt. Begleitet wurde er jeweils von dem Juristen Peter-Michael Diestel, der zunächst in der CSPD, dann in der DSU das Amt des Generalsekretärs ausübte.

Die Vereinbarung über die „Allianz für Deutschland“

Wie im DA stieß auch in der DSU ein Wahlbündnis mit der CDU in der DDR auf Ablehnung. Im Bundesvorstand der DSU hielt man „allenfalls eine lose Zusammenarbeit mit der CDU“⁴⁶ für möglich. Beide Parteien stimmten einer Kooperation mit der früheren Blockpartei erst zu, nachdem ihnen Kohl und Rühe „das Horrorszenario einer politischen Isolierung und Marginalisierung“⁴⁷ vor Augen gemalt hatten. Die drei Parteien verständigten sich schließlich auf ein Wahlbündnis für die Volkskammerwahl, das unter der Überschrift „Aus nationaler Verantwortung – eine Allianz für Deutschland“ stand und dem Ziel diente, „durch einen hohen Wahlerfolg die Bildung einer Regierung der Allianz zu ermöglichen“⁴⁸. Betont wurde die politische Unabhängigkeit und Eigenständigkeit jeder Partei, die unter dem Begriff „Allianz für Deutschland“ ihren eigenen Parteinamen verwendete. Diese Vereinbarung führte damit nicht zu einer Listenverbindung, was der CDU-Vorsitzende Lothar de Maizière ausdrücklich begrüßte, weil „sonst am Wahlabend bereits der Streit beginnen würde, wer die meisten Stimmen in das Wahlbündnis eingebracht hätte“⁴⁹. Die Beziehungen zwischen den drei Allianzpartnern blieben auch nach dieser Vereinbarung schwierig. „Bei jedem Zusammentreffen der Parteien dieses Wahlbündnisses musste Helmut Kohl“, wie sich de Maizière erinnert, „schlichten und dabei auf das gemeinsame Ziel hinweisen.“⁵⁰

Der überraschende Wahlsieg der „Allianz für Deutschland“

Als die Wahllokale am 18. März 1990 um 18.00 Uhr schlossen und die Fernsehanstalten in Ost- (DFF) und Westdeutschland (ARD, ZDF) ihre Prognosen zum Ausgang der Wahlen zur Volkskammer der DDR veröffentlichten, zeichnete sich „eine faustdicke Überraschung“⁵¹ ab. Ein deutlicher Sieg wurde der „Allianz für Deutschland“ vorausgesagt, sogar das Erreichen der absoluten Mehrheit schien möglich zu sein.⁵² Als schließlich alle Stimmen ausgezählt waren, stand der unerwartete Erfolg des Wahlbündnisses, das sich Anfang Februar 1990 bei Umfrageergebnissen von sechs bis sieben Prozent

46 Ebd., S. 167.

47 Richter: Die Bildung der Allianz für Deutschland, S. 343.

48 Für den Wortlaut der Vereinbarung über die Bildung einer Allianz für Deutschland vgl. Jäger/Walter: Die Allianz für Deutschland, S. 59 f.

49 De Maizière: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen, S. 83.

50 Ebd., S. 84.

51 Jürgen W. Falter: Wahlen 1990. Die demokratische Legitimation für die deutsche Einheit mit großen Überraschungen, in: Eckhard Jesse/Armin Mitter (Hg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft (Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe, Bd. 308). Bonn 1992, S. 163–188, hier 165.

52 Vgl. Kammradt: Der Demokratische Aufbruch, S. 185.

noch „im tiefen Tal der Tränen“⁵³ befand, fest: Bei einer in der deutschen Parlamentsgeschichte beispiellosen Wahlbeteiligung von 93,4 Prozent⁵⁴ entfielen 48,0 Prozent der abgegebenen Stimmen auf die drei Allianzparteien, die zusammen 192 von 400 Mandaten in der Volkskammer gewannen.⁵⁵

Die SPD landete mit einem Stimmenanteil von 21,9 Prozent deutlich abgeschlagen auf Platz zwei. Ihre Fraktion in der Volkskammer umfasste 88 Mitglieder. In den Reihen der Sozialdemokraten war die Ernüchterung groß, bedeutete doch dieses Ergebnis „das jähe Ende der hochfliegenden Träume, eine künftige Regierung führen zu können“.⁵⁶ Führende Vertreter der Partei wie Markus Meckel und Martin Gutzeit hatten bereits Vorbereitungen für die Übernahme der Regierungsgeschäfte getroffen, einen entsprechenden Arbeits- und Terminplan ausgearbeitet und mit dem amtierenden Ministerpräsidenten Hans Modrow die Modalitäten eines Regierungswechsels erörtert.⁵⁷

Ganz anders war am Wahlabend die Stimmung bei der PDS. 1.892.329 Bürgerinnen und Bürger der DDR votierten für die SED-Nachfolgepartei, die als drittstärkste Partei auf einen Stimmenanteil von 16,4 Prozent kam und in der Volkskammer mit 66 Abgeordneten vertreten war. Der PDS, die als frühere Staatspartei über sehr gute personelle, finanzielle und organisatorische Ressourcen verfügte, war es offensichtlich gelungen, sich erfolgreich als Verteidigerin von Identitäten und vermeintlichen Errungenschaften der DDR darzustellen.

Von Zufriedenheit konnte beim Bund Freier Demokraten nicht die Rede sein. Das Wahlbündnis, zu dem sich die LDP, die Deutsche Forumpartei und die FDP-Ost zusammengeschlossen hatten, erreichte einen Stimmenanteil von 5,3 Prozent und zog mit 21 Abgeordneten in die Volkskammer ein. Aus Sicht von Manfred Bogisch, Persönlicher Referent des BFD-Vorsitzenden Rainer Ortleb, war es „ein katastrophales Ergebnis“⁵⁸ – zumindest gemessen an den Erwartungen der „bundesdeutschen Fünf-Prozent-Hürdenläufer“⁵⁹. Die Freien Demokraten in der Bundesrepublik hatten von einem zweistelligen Ergebnis geträumt, das nur im Wahlbezirk Halle, der Heimat von Hans-Dietrich Genscher, eingefahren wurde.

Auf den weiteren Plätzen folgten das Bündnis 90, in dem sich die Bürgerrechtsbewegungen Neues Forum, Demokratie Jetzt und Initiative Frieden und Menschenrechte zusammengefunden hatten, mit einem Stimmenanteil von 2,9 Prozent und damit zwölf

53 Peter Gohle: Von der SDP-Gründung zur gesamtdeutschen SPD. Die Sozialdemokratie in der DDR und die Deutsche Einheit 1989/90 (Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 99). Bonn 2014, S. 186.

54 Nach Falter (Wahlen 1990, S. 166 f.) dürfte mit dieser Wahlbeteiligung „das Maximum“ dessen erreicht worden sein, was an Beteiligung überhaupt erreicht werden könne, weil immer ein gewisser Prozentsatz der Wahlberechtigten krank, verreist oder völlig uninteressiert an Politik sei.

55 Zum Ergebnis der Volkskammerwahl von 1990 vgl. Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1983 bis 1991. Mit Anhang: Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. Verfasst und bearbeitet von Peter Schindler. Baden-Baden 1994, S. 1590–1594; Wolfgang G. Gibowski: Demokratischer (Neu-)Beginn in der DDR. Dokumentation und Analyse der Wahl vom 18. März 1990, in: ZParl 21 (1990), S. 5–22.

56 Markus Meckel: Zu wandeln die Zeiten. Erinnerungen. 2., korrigierte Auflage Leipzig 2020, S. 317.

57 Vgl. Daniel Friedrich Sturm: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90. Bonn 2006, S. 310 und 330 f.

58 Manfred Bogisch: Das Ende der DDR und die LDPD. Selbstbefreiung, Illusionen, Vereinnahmung. Berlin 2009, S. 113.

59 Ebd., S. 112.

Mandaten in der Volkskammer, die DBD mit 2,2 Prozent und neun Mandaten sowie das Wahlbündnis Grüne Partei und Unabhängiger Frauenverband, das mit einem Stimmenanteil von 2,0 Prozent acht Abgeordnete in die Volkskammer entsenden konnte. Jeweils weniger als ein Prozent der abgegebenen Stimmen entfielen auf die NDPD (0,4 Prozent), die DFD (0,3 Prozent) und das Aktionsbündnis Vereinigte Linke (0,2 Prozent). Die NDPD gehörte mit zwei Abgeordneten der Volkskammer an, während die beiden anderen Gruppierungen mit jeweils einer Vertreterin beziehungsweise einem Vertreter den Parlamentseinzug schafften.

Für den Wahlerfolg der „Allianz für Deutschland“ war ausschlaggebend, dass es ihr gelang, die „Rolle der Meinungsführerin im Wahlkampf“⁶⁰ zu übernehmen. Die Frage nach der Geschwindigkeit des Vereinigungsprozesses rückte während des Volkskammerwahlkampfes, der maßgeblich von den Bonner Parteien und Politikern beeinflusst war, in den Fokus der politischen Auseinandersetzung.⁶¹

Verfassungsrechtliche Wege zur Wiedervereinigung

Die Debatte spitzte sich auf die Frage zu, ob die Vereinigung über Artikel 146 des Grundgesetzes, also über eine verfassungsgebende Versammlung mit anschließender gesamtdeutscher Volksabstimmung über eine Verfassung, oder über Artikel 23 des Grundgesetzes, also über einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland, verwirklicht werden sollte.⁶² Während die Anwendung des Artikels 146 Neuland bedeutete, gab es für eine Lösung nach Artikel 23 ein historisches Beispiel, den Beitritt des Saarlandes am 1. Januar 1957. Auf dieses historische Beispiel verwiesen die Befürworter einer Lösung der Wiedervereinigungsfrage nach Artikel 23. Die erfolgreiche Eingliederung des Saarlandes zeige, dass zeitlich und inhaltlich wirksame Übergangslösungen zulässig und möglich seien, um den Bedürfnissen des beitretenden Teils Rechnung zu tragen. Als weitere Argumente führten die Verfechter der Beitrittslösung die Möglichkeit eines raschen Weges zur deutschen Einheit angesichts der Risiken unvorhersehbarer außenpolitischer Entwicklungen sowie die Beibehaltung des bewährten, in der ganzen Welt als vorbildlich anerkannten Grundgesetzes an. Dagegen sahen die Anhänger einer Anwendung des Artikels 146 die Möglichkeit einer größeren demokratischen Legitimation und breiten Akzeptanz der Wiedervereinigung Deutschlands in der Bevölkerung durch die Ausarbeitung und Verabschiedung einer neuen, gesamtdeutschen Verfassung in einer Volksabstimmung.

Der Volkskammerwahlkampf und die Wiedervereinigungsfrage

Die Allianzparteien warben für die schnelle Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und damit für den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Artikel 23, verbunden mit der Forderung nach Einführung der Sozialen Marktwirt-

60 Jäger/Walter: Die Allianz für Deutschland, S. 66.

61 Zum Volkskammerwahlkampf vgl. Jäger: Die Überwindung der Teilung, S. 403–412.

62 Zur Diskussion über den verfassungsrechtlichen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands vgl. Bernd Guggenberger/Tine Stein (Hg.): Die Verfassungsdiskussion im Jahr der deutschen Einheit. Analysen – Hintergründe – Materialien. München–Wien 1991.

schaft und der Absage an alle sozialistischen Experimente. Entsprechende Aussagen waren auf den Wahlplakaten zu lesen, die „drei gute Gründe“ für die Wahl der Parteien der „Allianz für Deutschland“ nannten: „1. Deutsche Einheit ohne Umwege und Verzögerungen. Bundeskanzler Kohl ist Garant dafür! 2. Soziale Marktwirtschaft. Sie sichert uns Wohlstand in Sozialer Sicherheit und damit Freiheit. 3. Nie mehr Sozialismus. Der Sozialismus ist gescheitert, auch ein demokratischer Sozialismus, von dem die SPD träumt.“⁶³ Helmut Kohl stand im Zentrum der Wahlkampagne. Mit dem Bundeskanzler wurde nicht nur auf Wahlplakaten und Flugblättern und in der Wahlkampfzeitung geworben, auch die Fernsehspots in der DDR fokussierten sich auf ihn und seine Botschaft. Bei seinen sechs Wahlkampfauftritten in Erfurt, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), Magdeburg, Rostock, Cottbus und Leipzig sprach Kohl vor über einer Million Menschen. Es fand „ein Kanzlerwahlkampf zur Volkskammerwahl“⁶⁴ statt.

Die SPD verlor während des Wahlkampfs zusehends an Boden, was nicht nur mit einer fehlenden flächendeckenden Infrastruktur der noch jungen Sozialdemokratie in der DDR zu erklären war. Auch und insbesondere „die innere Zerstrittenheit“⁶⁵ ließ die SPD, die Ende Januar /Anfang Februar 1990 in den Umfragen noch „haushoch in Front“⁶⁶ gelegen hatte, ins Hintertreffen geraten, je näher der Wahltag rückte. Die bundesdeutsche SPD schien in der Wiedervereinigungsfrage gespalten zu sein. Die innere Zerstrittenheit der Partei konnte an Willy Brandt und Oskar Lafontaine festgemacht werden. Der Altbundeskanzler reiste seit dem Mauerfall unermüdlich durch die DDR, fand bei der Bevölkerung viel Zustimmung, wenn sie auch zum Wahltag hin abnahm, und wurde von der Ost-SPD zu ihrem Ehrenvorsitzenden gewählt. Dagegen erschien Lafontaine, der nach seiner Wiederwahl zum saarländischen Ministerpräsidenten als erster Anwärter auf die Kanzlerkandidatur galt, als Bremser auf dem Weg zur deutschen Einheit. Die Beziehungen zu den sozialdemokratischen Geschwistern in der DDR gestalteten sich schwierig. Markus Meckel vermochte bei ihm „keinerlei inneren Bezug zum Wunsch oder gar der Sehnsucht nach der deutschen Einheit“⁶⁷ erkennen.

Auch bei den Liberalen lief der Wahlkampfmotor nicht rund. Die drei in dem Wahlbündnis Bund Freier Demokraten zusammengeschlossenen Parteien konnten sich auf keine gemeinsame Wahlplattform verständigen. Die von der bundesdeutschen FDP konzipierte Wahlkampagne litt darunter, dass der Slogan „Leistung ist Freiheit“ die „Empfindungen, Bedürfnisse und Forderungen der DDR-Bürger ignorierte“.⁶⁸ Schließlich sahen sich die Wahlkampfstrategen aus dem Thomas-Dehler-Haus mit der DDR-Wirklichkeit konfrontiert, dass eine klassische Wählerklientel der Freien Demokraten in der Bundesrepublik, der Mittelstand, zum damaligen Zeitpunkt in Ostdeutschland praktisch nicht existent war.⁶⁹

63 ACDP, Bestand Plakate aus der SBZ/DDR, 10-024-5014.

64 Peter Radunski: Ein Wahlkampf wie kein anderer – Nachgedanken zum sensationellen Wahlsieg der „Allianz für Deutschland“. Ausarbeitung vom 4. April 1990, in: ACDP, Bestand CDU-Bundespartei, 07-001-6904.

65 Jäger: Die Überwindung der Teilung, S. 409.

66 Karl-Heinz Hornhues: „Deutschland einig Vaterland...!“. Meine Fußnoten zur Deutschen Einheit. Bonn-Berlin 2000, S. 90.

67 Meckel: Zu wandeln die Zeiten, S. 268.

68 Bogisch: Das Ende der DDR und die LDPD, S. 109.

69 Vgl. Walter: Es ist Frühling, S. 45.

Mit dem Versuch alternativer Wahlkampfformen wie einem Bürgerdialog ging das Bündnis 90 und damit die Bürgerrechtsbewegungen in diesem wesentlich aus den Bonner Parteizentralen bestimmten Wahlkampf unter. Es war unverkennbar, dass die Bürgerrechtsbewegungen im Frühjahr 1990 ihre Rolle aus dem Herbst 1989 als „Sprachrohr der Massen“⁷⁰ verloren hatten. Auch die Grüne Partei, die gemeinsam mit dem Unabhängigen Frauenverband in die politische Auseinandersetzung zog, scheiterte mit alternativen Wahlkampfkonzeptionen. Dabei verkannte sie auch die wahlentscheidende Bedeutung der Wiedervereinigungsfrage. 90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland sprachen sich für die Wiederherstellung der deutschen Einheit aus, verbunden mit dem Wunsch nach einer schnellen Einführung der D-Mark in der DDR.⁷¹

Zwischen ungetrübter Freude und großer Ernüchterung – die Parteien der „Allianz für Deutschland“ und das Wahlergebnis vom 18. März 1990

Vor diesem Hintergrund stellte der Erfolg der „Allianz für Deutschland“ bei der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 ein „Votum für den raschen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik und für einen vollständigen Übergang zur westlichen Demokratie wie zur sozialen Marktwirtschaft nach Bonner Modell“⁷² dar.

Ungetrübte Freude, gar ausgelassener Jubel herrschte am Wahlabend allein bei der CDU, die mit einem Stimmenanteil von 40,8 Prozent zur mit Abstand stärksten politischen Kraft in der DDR wurde und 163 Abgeordnete in der Volkskammer stellte. Dagegen blieb die DSU, deren Vorsitzender Hans-Wilhelm Ebeling von einer absoluten Mehrheit geträumt hatte,⁷³ weit hinter ihren eigenen Erwartungen zurück. Landesweit erzielte sie ein Ergebnis von 6,2 Prozent, das ihr 25 Parlamentssitze einbrachte, von denen sie allein 16 in den Wahlbezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Leipzig gewann, also auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Sachsen.⁷⁴ Nur in diesen drei sächsischen Wahlbezirken konnte die DSU jeweils ein zweistelliges Ergebnis einfahren, blieb ansonsten mit ihren Ergebnissen teilweise deutlich unter fünf Prozent. Ausnahmen bildeten die Bezirke Gera und Suhl, wo sie immerhin noch auf Stimmenanteile von 8,2 beziehungsweise 8,9 Prozent kam. Defizite beim Parteaufbau mit Folgen für die Durchschlagskraft im Wahlkampf konnte die erhebliche Unterstützung durch die CSU mit Personal- und Sachmitteln nicht vollständig kompensieren.⁷⁵ Zwischen der Parteigründung am 20. Januar 1990 und dem Tag der Volkskammerwahl lagen ganze zwei Monate. Vor diesem Hintergrund ist Jens Weinhold-Fumoleau zuzustimmen, dass es „ein beachtliches Ergebnis“⁷⁶ war.

Davon konnte beim DA nicht die Rede sein, dem weniger als ein Prozent der Wählerinnen und Wähler ihre Stimme gab. Ein Stimmenteil von 0,9 Prozent bedeu-

70 Jäger: Die Überwindung der Teilung, S. 411.

71 Vgl. Falter: Wahlen 1990, S. 170 f.

72 Jäger: Die Überwindung der Teilung, S. 453.

73 Vgl. Jäger/Walter: Die Allianz für Deutschland, S. 162.

74 Zur Analyse des Wahlergebnisses vgl. Gibowski: Demokratischer (Neu-)Beginn in der DDR, S. 7–21; Jäger: Die Überwindung der Teilung, S. 413–426.

75 Vgl. Weinhold-Fumoleau: Der Einheit wegen, S. 158–164.

76 Ebd., S. 164.

tete, dass die Partei mit nur vier Abgeordneten in die Volkskammer einzog. Es war „ein totales Desaster“,⁷⁷ das der DA am 18. März 1990 erlebte. Der DA startete überaus selbstbewusst in den Wahlkampf, erhob in seiner „Politischen Erklärung“ vom 4. Februar 1990 den Anspruch, in der neuen Regierung den Ministerpräsidenten zu stellen.⁷⁸ Der Parteivorsitzende Wolfgang Schnur, der eine gewisse Popularität besaß und auch bei den Medien beliebt war, schien der geeignete Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten zu sein. Folglich rückte er ins Zentrum der Wahlkampagne des DA, was sich als fatal erweisen sollte, als Schnur eine Woche vor dem Wahltermin als langjähriger inoffizieller Mitarbeiter des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit enttarnt wurde.⁷⁹

Die Bildung der „Allianz für Deutschland“ nutzte vor allem der CDU in der DDR. Durch das Zusammengehen mit zwei unbelasteten neuen Parteien, von denen der DA zu den Wegbereitern der Friedlichen Revolution im Herbst 1989 zählte, konnte sie ihr Image aufpolieren. Jens Weinhold-Fumoleau spricht von der „Reinwaschung“ der alten Blockpartei“,⁸⁰ und für Wolfgang G. Gibowski erschien die Partei fortan „weniger als ehemalige Blockpartei, sondern als die DDR-Statthalterin der westdeutschen CDU“. ⁸¹ Diese Statthalterfunktion war von entscheidender Bedeutung für den Wahlsieg der CDU der DDR, denn das Votum für diese Partei stellte zugleich „ein Referendum für den von Helmut Kohl und den Unionsparteien der Bundesrepublik vorgegebenen Weg zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten“⁸² dar.

Mit Ausnahme von Berlin, wo sie mit einem Stimmenanteil von 18,3 Prozent abgeschlagen hinter der SPD und der PDS auf Platz drei landete, war die CDU in allen Regionen der DDR Mehrheitspartei. Dabei zeigte sich – hochgerechnet auf die fünf Länder, wie sie von 1945 bis 1952 bestanden hatten und mit dem Ländereinführungsgesetz vom 22. Juli 1990⁸³ wieder errichtet wurden – ein deutliches Süd-Nord-Gefälle. In den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen erzielte die CDU überdurchschnittliche Ergebnisse, in Thüringen mit 53,0 Prozent sogar die absolute Mehrheit. Gerade in den industriell geprägten Regionen dieser drei Länder, in denen sich die Missstände des politischen Systems der DDR in besonderer Weise offenbarten, wurde sie als „der enge Partner der ökonomisch kompetenten West-CDU“⁸⁴ wahrgenommen. Unterdurchschnittlich mit 36,4 Prozent beziehungsweise 34,0 Prozent fielen für die CDU die Ergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg aus.

Die Analyse des Wahlverhaltens nach Geschlecht, Alter, Konfessionszugehörigkeit und Berufsgruppen unterstreicht den Erfolg der CDU. 41,3 Prozent der Männer und 40,0 Prozent der Frauen votierten für die CDU, die auch in allen Altersgruppen mit größerem Abstand die meisten Stimmen erhielt. Dass sie bei den Wählerinnen und Wählern mit Religionszugehörigkeit reüssieren würde – 66,3 Prozent der Katholiken und 53,7 Prozent der Protestanten gaben ihre Stimme für die CDU ab –, konnte nicht über-

77 Ute Schmidt: Von der Blockpartei zur Volkspartei, S. 102.

78 Vgl. Kammradt: Der Demokratische Aufbruch, S. 297.

79 Vgl. Jäger/Walter: Die Allianz für Deutschland, S. 137–144.

80 Weinhold-Fumoleau: Der Einheit wegen, S. 158.

81 Gibowski: Demokratischer (Neu-)Beginn in der DDR, S. 6.

82 Ebd., S. 21.

83 Für den Wortlaut vgl. GBl. DDR 1990 I S. 955–959.

84 Gibowski: Demokratischer (Neu-)Beginn in der DDR, S. 21.

raschen, sehr wohl aber das Ergebnis bei den Konfessionslosen, die die Mehrheit in der DDR stellten und bei denen sie auf eine relative Mehrheit von 30,3 Prozent kam. Die breite Zustimmung für die CDU ging auch quer durch alle Berufsgruppen. Die größte Zustimmung fand sie bei der Gruppe der Selbstständigen, von denen 53,5 Prozent ihr Kreuz bei der CDU machten. Dabei handelte es sich allerdings um eine relativ kleine Wählergruppe. Weitaus bedeutsamer war das sehr gute, überdurchschnittliche Ergebnis von 47,4 Prozent bei der Arbeiterschaft. Selbst bei den Schülern und Studierenden erhielt die CDU mit 28,5 Prozent die meisten Stimmen. Lediglich in der nicht eindeutig definierbaren Gruppe der „Intelligenz“ rangierte sie mit 22,1 Prozent knapp hinter der SPD und der PDS, die hier mit einem Stimmenanteil von 31,0 Prozent ihr mit Abstand bestes Ergebnis erreichte.

Der Sonderweg der DSU und die Bildung der CDU/DA-Fraktion

Der Ausgang der Volkskammerwahl überraschte den CDU-Vorsitzenden Lothar de Maizière, dem sehr schnell klar wurde, „welches Amt und welche Verantwortung jetzt auf mich zurollen würden“, ⁸⁵ was ihn zögern ließ, seine Bereitschaft zur Kandidatur für das Amt des Ministerpräsidenten zu erklären. Dieser Schritt erfolgte erst am 23. März 1990, ⁸⁶ und dies auch nur „aus hugenottisch-preußischem Pflichtgefühl“, wie der Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Volkskammer, Richard Schröder, zu berichten wusste. ⁸⁷ De Maizière war sich der Größe der Aufgabe bewusst, sprach in der konstituierenden Sitzung der Volkskammerfraktion der CDU am 27. März 1990 „von einer historischen Dimension“, denn „es geht nicht einfach um Regierungswechsel, sondern es geht um die Ablösung einer geschichtlichen Epoche, einer Gesellschaftsformation – ein Prozess, der normalerweise Jahrzehnte, Jahrhunderte in Anspruch nimmt, der jetzt aber nach der Vorstellung vieler Wähler in ein paar Wochen vonstattengehen soll.“ ⁸⁸

Dieser Aufgabe stellten sich die drei Parteien der „Allianz für Deutschland“ allerdings nicht in einer gemeinsamen Fraktion in der Volkskammer, wie es noch am 19. März 1990, einen Tag nach dem Wahlerfolg, angekündigt worden war. ⁸⁹ Es lag bereits der Entwurf einer Vereinbarung über die Fraktionsgemeinschaft der CDU, des DA und der DSU vor. ⁹⁰ Danach sollte die gemeinsame Fraktion aus den Abgeordnetengruppen der drei Parteien bestehen, wobei an dem Grundsatz festzuhalten sei, dass es sich bei jeder Gruppe um „die Abgeordneten einer jeweils eigenständigen Partei“ handle. Die Vereinbarung sah weiter vor, dass die Gruppen der Abgeordneten – vergleichbar der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag – über eigene Organe verfügen und an allen Organen der Fraktion „angemessen beteiligt“ werden. Der Fraktionsvorsitzende sollte gemeinsam von allen Mitgliedern der CDU/DA/DSU-Fraktion gewählt werden,

⁸⁵ De Maizière: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen, S. 125.

⁸⁶ Vgl. Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1983–1991, S. 1522.

⁸⁷ Schreiben von Richard Schröder an Liesel Hartenstein vom 17. Mai 1990, in: AdsD, Bestand SPD-Fraktion in der Volkskammer der DDR, Mappe 96.

⁸⁸ Fraktionssitzung vom 27. März 1990, S. 9f.

⁸⁹ Vgl. Erklärung der Parteien der „Allianz für Deutschland“ vom 19. März 1990, in: AdsD, Bestand SPD-Fraktion in der Volkskammer der DDR, Mappe 2.

⁹⁰ Für den Wortlaut des Entwurfs vgl. ACDP, Bestand CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3771.

während die DSU-Abgeordneten den Ersten Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden und die Vertreter des DA den Zweiten Stellvertreter bestimmten.

Die Bildung einer Fraktionsgemeinschaft scheiterte am Widerstand der CSU, die bemüht war, die DSU als eigenständige Partei in der DDR zu erhalten mit Perspektiven für kommende gesamtdeutsche Wahlen.⁹¹ Bei einem Treffen mit Helmut Kohl und dem CSU-Vorsitzenden Theo Waigel am 21. März 1990 im Kanzlerbungalow in Bonn konnten sich die Vorsitzenden und Generalsekretäre der Allianzparteien lediglich auf die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft der Allianz für Deutschland in der Volkskammer“ verständigen.⁹² Es sollte ein paritätisch besetzter Vorstand zur Koordinierung technischer und organisatorischer Aufgaben gewählt werden. Es blieb bei einer Absichtserklärung.

An den Sitzungen der CDU-Volkskammerfraktion nahmen die gewählten Abgeordneten des DA – Rainer Eppelmann, Hans Geisler, Brigitta-Charlotte Kögler und Horst Schulz – zunächst nur als Gäste teil. Der Beschluss zur Bildung einer Fraktionsgemeinschaft erfolgte erst in der fünften Sitzung am 18. April 1990, eingefordert vom DA in Person von Brigitta-Charlotte Kögler, die erfolgreich für die Umbenennung in CDU/DA-Fraktion plädierte, denn „ich denke auch, dass das – unabhängig vom Wahlergebnis – gerecht ist für das, was wir geleistet haben“.⁹³ Die Fraktionsgemeinschaft wurde schließlich bei zehn Gegenstimmen und 17 Enthaltungen beschlossen.⁹⁴ Für den DA, der mit seinen vier Abgeordneten keine Fraktionsstärke erreichte, war dieser Beschluss von größter politischer Bedeutung, denn „ohne Verknüpfung mit einem stärkeren Partner wäre die parlamentarische Arbeit des Demokratischen Aufbruchs vermutlich nahezu bedeutungslos geworden“.⁹⁵

Die CDU/DA-Fraktion umfasste zu Beginn der 10. Wahlperiode der Volkskammer 167 Mitglieder. Rein zahlenmäßig – 163 Abgeordneten der CDU standen nur vier Abgeordnete des DA gegenüber – war dies eine „Fraktionsgemeinschaft zweier ungleicher Partner“⁹⁶. In der politischen Praxis ließ die CDU den kleineren Partner diese Ungleichheit nicht spüren. Drei der vier DA-Abgeordneten waren unmittelbar in die Regierungsarbeit eingebunden: Rainer Eppelmann als Minister sowie Hans Geisler und Horst Schulz als Parlamentarische Staatssekretäre. Darüber hinaus erhielt das DA-Mitglied Oswald Wutzke die Berufung zum Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Durch Mandatsniederlegungen und Fraktionswechsel ergaben sich während der Wahlperiode einige Veränderungen in der Zusammensetzung. Zum 31. Juli 1990 leg-

91 Vgl. CSU gegen Fraktionsgemeinschaft der drei Allianz-Parteien in DDR, in: Die Welt, 22. März 1990; DDR-Allianz wird keine Fraktion, in: Frankfurter Rundschau, 23. März 1990; Statt gemeinsamer Allianz-Fraktion wird es nur eine Arbeitsgemeinschaft geben, in: Handelsblatt, 23. März 1990.

92 Vgl. die Presseerklärung der Parteivorsitzenden Lothar de Maizière (CDU), Hans-Wilhelm Ebeling (DSU) und Rainer Eppelmann (DA) vom 21. März 1990, in: ACDP, Bestand CDU-Bundespartei, 07-001-6907.

93 Fraktionssitzung vom 18. April 1990, S. 310.

94 Vgl. ebd.

95 Kammradt: Der Demokratische Aufbruch, S. 190.

96 Bettina Tüffers: Die CDU/DA-Fraktion in der 10. Volkskammer der DDR. Kandidatenauswahl – Struktur – Alltag – Probleme, in: HPM 28 (2021), S. 163–197, hier 180.

ten mit Uwe Keßler und Jutta Knop zwei Fraktionsmitglieder ihr Mandat nieder.⁹⁷ Bei den Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990 war Keßler zum Bürgermeister der Gemeinde Wyhratal (Sachsen) gewählt worden, während Jutta Knop in ihrem Amt als hauptamtliche Bürgermeisterin der Gemeinde Granschütz (Sachsen-Anhalt) bestätigt wurde.⁹⁸ Ihnen folgten Michael Schätze (für Keßler) und Wolfgang Janka (für Knop) nach. Bis zum Ende der Wahlperiode wuchs die CDU/DA-Fraktion auf 174 Mitglieder an. Im August 1990 kamen Peter-Michael Diestel, Hans-Wilhelm Ebeling und Joachim Hubertus Nowack, die die DSU nach dem Parteitag vom 30. Juni 1990 verlassen hatten, hinzu, gefolgt von Lutz Goepel, Dieter Helm, Joachim Holz und Werner Meyer-Bodemann, die im September 1990 nach der Auflösung der DBD/DFD-Fraktion Mitglieder der CDU/DA-Fraktion wurden.⁹⁹

97 Vgl. Mitteilung des Geschäftsführers der CDU/DA-Fraktion, Rainer Viererbe, an das Tagungsbüro der Volkskammer vom 20. August 1990, in: BArch, Bestand Volkskammer der DDR, DA 1/18193.

98 Jutta Knop wurde von ihrem Landesvorsitzenden Gerd Gies zum Mandatsverzicht aufgefordert: „Sehr geehrte Frau Knop, in einem Brief teilt mir der Fraktionsvorsitzende der CDU/DA-Volkskammerfraktion, Herr Dr. Günther Krause, mit, dass Sie seit Wochen unentschuldig der Arbeit in der Volkskammer fernbleiben. Misserfolge und Abstimmungsniederlagen werden auch auf Ihr Fehlen zurückgeführt. Damit nehmen Sie die Pflichten, die Ihnen die Wähler mit ihrem Votum auferlegt haben, nicht wahr. Im Auftrage von Herrn Dr. Krause bitte ich Sie, unverzüglich Ihr Mandat offiziell niederzulegen, um es einem nachrückenden Kandidaten zur Verfügung stellen zu können. Hochachtungsvoll Dr. Gerd Gies.“ Für den Wortlaut des Schreibens vom 12. Juli 1990 vgl. ACDP, Bestand CDU-Bezirksverband Magdeburg, 03-046-105/1. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Arbeit der CDU/DA-Fraktion die Klage über die mangelnde Präsenz von Abgeordneten in den Fraktionssitzungen, aber auch und vor allem in den Sitzungen der Parlamentsausschüsse und in den Tagungen der Volkskammer. Udo Kamm beschrieb „das große Zittern“ der Fraktionsführung, wenn in der Volkskammer Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden mussten, also insbesondere Beschlüsse zur Änderung oder Ergänzung der Verfassung, die einer Zweidrittelmehrheit bedurften. Vgl. Fraktionssitzung vom 19. Juni 1990, S. 774.

99 Vgl. Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1983 bis 1991, S. 1604 f. Diese Mandatswechsel wurden erst durch die Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten der Volkskammer (GBl. DDR 1990 I S. 897) möglich. Die Novellierung des Gesetzes lehnte die DSU-Fraktion, die von den Mandatswechseln in besonderer Weise betroffen war, ab, weil sie der Auffassung war, „dass die ersten frei gewählten Abgeordneten der Volkskammer die Entscheidung ihrer Wähler nicht beugen dürfen“. Wie ihr Sprecher Jürgen Schwarz betonte, fühlte sich seine Fraktion an „den klaren Auftrag der Wähler“ gebunden, weshalb auch kein Abgeordneter das Recht habe, „sich über diesen Auftrag hinwegzusetzen und seine Partei zu wechseln, ohne die Konsequenzen zu ziehen und den Mut zu haben, sein Abgeordnetenmandat aufzugeben“. Für den Wortlaut vgl. Volkskammer der DDR, 10. Wahlperiode, Protokolle, 23. Tagung am 12. Juli 1990, S. 975. Auch in der CDU/DA-Fraktion gab es zur Änderung des Abgeordnetengesetzes kritische Stimmen, doch wurde diese Kritik nur intern geäußert. Gottfried Haschke befürchtete Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit der DSU in der Regierungskoalition und stellte daher die Frage: „Wollen wir einkalkulieren, dass wir den Koalitionspartner DSU auch gegen uns stellen? Wir wissen um die Probleme mit der SPD und wollen jetzt noch ein neues Problem wegen dieser Mandate hier aufwerfen?“ Für den Wortlaut vgl. Fraktionssitzung vom 10. Juli 1990, S. 1009. Genauso sah es Werner Sobetzko, der seine Fraktion dazu aufforderte, „die Koalition mit der DSU als wichtiger zu betrachten, als zwei der DSU oder drei der DSU nicht mehr zugehörige Abgeordnete in unsere Partei aufzunehmen“. Für den Wortlaut vgl. ebd., S. 1010. Die große Mehrheit in der Fraktion folgte dieser Aufforderung allerdings nicht und beschloss bei fünf Gegenstimmen und 15 Enthaltungen, dieser Gesetzesänderung zuzustimmen. Vgl. ebd., S. 1013.

*Eine relativ junge, christlich geprägte, überwiegend männliche Gruppe –
die Sozialstruktur der CDU/DA-Fraktion*

Die 10. Volkskammer war ein Parlament von Neulingen, in dem lediglich drei Prozent der Abgeordneten bereits zuvor der Volkskammer angehört hatten.¹⁰⁰ Lothar de Maizière bemühte den Vergleich mit einer Laienspielschar und betonte die Möglichkeiten, die sich damit verbanden, denn „wir wissen ja auch um die herzerfrischenden Momente eines guten Laienspiels und um das Gute“¹⁰¹.

Auch in der CDU/DA-Fraktion saßen mit Burkhard Schneeweiß und Gerhard Pohl, die der Volkskammer seit 1976 beziehungsweise 1981 angehört, nur zwei Abgeordnete, die über Parlamentserfahrung verfügten. Doch was heißt in diesem Zusammenhang Parlamentserfahrung? Die Volkskammer war bis zur Wahl vom 18. März 1990 ein reines Akklamationsparlament, dass zwei- bis dreimal im Jahr zusammentrat und vorgefertigte Beschlussvorlagen verabschiedete. Von Bedeutung für die Arbeit in der Fraktion und darüber hinaus in der Volkskammer waren die Erfahrungen, die die Theologen und kirchlich Engagierten einbrachten. In der DDR waren die einzigen verbliebenen öffentlichen Orte, an denen noch aufrichtig geredet und diskutiert werden konnte, die Kirchen.¹⁰² Gerade hier konnten sich Verhaltensweisen und Diskursfähigkeiten entwickeln, die in der Gesellschaft der DDR sonst kaum zu erlernen und zu erproben waren.¹⁰³ Die Kenntnis parlamentarischer Entscheidungsprozesse, über die die Theologen Eckhard Altmann, Rainer Eppelmann, Klaus Domke, Martin Götsching, Frieder Jelen, Karl-Ernst Selke und Eckhard Waschnewski sowie in der kirchlichen Synodalarbeit erprobte Fraktionsmitglieder wie Reinhard Anders, Hans-Henning Axthelm, Martin Clemens, Gerd Gies, Wolfgang König oder Lothar de Maizière verfügten, waren „ein kaum zu überschätzender Vorteil in einem Parlament, in dem die wenigsten davon eine Ahnung hatten“.¹⁰⁴

Ein Blick auf die Sozialstruktur zeigt, dass die Theologen mit 4,7 Prozent eine kleinere Berufsgruppe innerhalb der CDU/DA-Fraktion darstellten.¹⁰⁵ Die größte Fraktion in der Volkskammer war – um das Bild aufzugreifen, das Bettina Tüffers gezeichnet hat – eine „Fraktion der evangelischen Diplom-Ingenieure“.¹⁰⁶ Gemessen an der Verteilung in der Volkskammer war der Anteil von Ingenieuren in der CDU/DA-Fraktion mit 37,3 Prozent überdurchschnittlich hoch. Als weitere Berufsgruppen folgten mit Ab-

100 Vgl. Christopher Hausmann: Die 10. Volkskammer der DDR 1990: Elitenpool der ersten Stunde, in: ZParl 31 (2000), S. 527–541, hier 532.

101 Fraktionssitzung vom 11. April 1990, S. 282.

102 Vgl. Claudia Lepp: Rot-grün bewegt. Evangelische Theologen und Theologinnen in der letzten Volkskammer und im ersten gesamtdeutsch gewählten Bundestag, in: Uta Elisabeth Hohmann/Arnulf von Scheliha (Hg.): „Eyn sonderlicher Gottisdienst“? Evangelische Theologinnen und Theologen als Parlamentarier (Religion und Moderne, Bd. 24). Frankfurt am Main 2022, S. 199–225, hier 210.

103 Daran erinnerte Martin Clemens zu Beginn der Arbeit der CDU/DA-Fraktion: „Gerade wir in den Synoden sind eigentlich die Einzigen gewesen, die auch Chancen gehabt haben, überhaupt Demokratie zu üben, und das ist genau das, was wir eben auch nötig haben und was auch bei der Bildung des Runden Tisches sich bemerkbar gemacht hat, wie schwer wir uns tun, gerade auch in Verfahrensfragen.“ Für den Wortlaut vgl. Fraktionssitzung vom 2. April 1990, S. 95.

104 Tüffers: Die CDU/DA-Fraktion in der 10. Volkskammer der DDR, S. 179.

105 Vgl. Hausmann: Elitenpool der ersten Stunde, S. 536.

106 Tüffers: Die CDU/DA-Fraktion in der 10. Volkskammer der DDR, S. 178.

stand die Ärzte – sowohl Human- als auch Veterinärmediziner – mit einem Anteil von 13,0 Prozent und Pädagogen, deren Anteil in der Fraktion bei 11,8 Prozent lag. Bei allen weiteren von Christopher Hausmann statistisch erfassten Berufsgruppen betrugen die Anteile weniger als zehn Prozent.¹⁰⁷ Fast 84 Prozent der Fraktionsmitglieder hatten einen Hochschulabschluss. Damit war der Akademikeranteil wie auch in allen anderen Fraktionen der Volkskammer im Vergleich zum Deutschen Bundestag, in welchem seinerzeit knapp 74 Prozent über einen Hochschulabschluss verfügten, sehr hoch.

Eine weitergehende Analyse der Sozialstruktur, die auch Komponenten wie Konfession, Geschlecht und Alter berücksichtigt, liefert Zahlen, die ein Beleg dafür sind, dass die 10. Volkskammer „keineswegs ein Spiegelbild der sozialstatistischen Zusammensetzung ihrer Gesellschaft“¹⁰⁸ war. Dass die Zahl der Protestanten (66,9 Prozent) und die der Katholiken (24,9 Prozent) unter den CDU-Abgeordneten besonders hoch war, kann nicht sonderlich überraschen bei einer Partei, die das „C“ in ihrem Namen trägt und die sich im Zuge ihrer Erneuerung nach der Ablösung von Gerald Götting als Parteivorsitzenden wieder ihrer christlichen Wurzeln besann.¹⁰⁹ Überraschend und bemerkenswert hingegen ist die Tatsache, dass sich in der weitgehend entkirchlichten Gesellschaft der DDR mit einem Anteil von rund 70 Prozent Konfessionslosen mehr als 64 Prozent aller Abgeordneten der neu gewählten Volkskammer zu einer christlichen Konfession bekannten.¹¹⁰ Für Christopher Hausmann belegen diese Zahlen, „dass in der 10. Volkskammer ein schon lange für überwunden gehaltenes Phänomen bürgerlicher Eliten wieder auferstand und damit die jahrzehntelange Politik der SED, die sich gegen die etablierten Religionen gerichtet hatte, als offenkundig erfolglos entlarvte“¹¹¹ – eine These, die angesichts des dramatisch verlaufenden Prozesses der Säkularisierung in Deutschland seit den 1990er-Jahren hinterfragt werden darf.

Auch der Anteil der Frauen in der 10. Volkskammer, in der mit 82 Mandatsträgerinnen lediglich rund ein Fünftel (20,5 Prozent) weiblich war¹¹², entsprach nicht der gesellschaftlichen Wirklichkeit in der DDR. In der CDU/DA-Fraktion betrug der Frauenanteil sogar nur 15,6 Prozent – immerhin aber noch doppelt so hoch wie der beschämend geringe Anteil von Frauen in der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, der in der 11. Wahlperiode (1987–1990) bei mickrigen 7,7 Prozent lag.¹¹³

Die Gruppe der Frauen in der CDU/DA-Fraktion war mit 26 Mitgliedern klein, umso bedeutsamer war ihre Rolle in der Fraktions-, der Volkskammer- und der Regierungsarbeit: Sabine Bergmann-Pohl war Präsidentin der Volkskammer und amtierendes Staatsoberhaupt der DDR, Cordula Schubert und Christa Schmidt gehörten dem Ministerrat an, Anne-Karin Glase und Gabriele Noack saßen jeweils einem Volkskammerausschuss vor, Birgit Kayser übte die Funktion einer Parlamentarischen Geschäftsführe-

107 Vgl. Hausmann: Elitenpool der ersten Stunde, S. 536.

108 Christopher Hausmann: Biographisches Handbuch der 10. Volkskammer der DDR (1990). Köln 2000, S. XVIII.

109 Der neue Parteivorsitzende Lothar de Maizière sah es als seine Aufgabe an, „die Wurzeln der CDU, so wie es von den Gründungsvätern vorgesehen war, wieder freizulegen.“ Für den Wortlaut vgl. De Maizière: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen, S. 57.

110 Vgl. Hausmann: Biographisches Handbuch der 10. Volkskammer der DDR, S. XIX.

111 Ebd.

112 Vgl. Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1983 bis 1991, S. 1598.

113 Vgl. ebd.

rin aus, Else Ackermann und Susanne Jaffke nahmen die Aufgabe der Sprecherin ihrer jeweiligen Landesgruppe wahr und Maria Michalk engagierte sich als Innenpolitische Sprecherin der Fraktion insbesondere für die Rehabilitierung der Opfer von DDR-Unrecht, die der Willkür des SED-Regimes ausgesetzt gewesen waren.

Trotz alledem war das Ziel, das der Parteivorstand im Februar 1990 bei der Aufstellung der Kandidaten für die Volkskammerwahl ausgegeben hatte, dass in der neuen Fraktion Frauen „in wirklich angemessener Weise“¹¹⁴ vertreten sein sollten, nicht erreicht worden. Anders stellte sich die Situation bei der Betrachtung der Altersstruktur dar. Mit einem Durchschnittsalter von 40 Jahren durfte die CDU/DA-Fraktion als „eine relativ junge Fraktion“¹¹⁵ bezeichnet werden. Das Durchschnittsalter der Abgeordneten der 10. Volkskammer betrug 41,8 Jahre und lag damit fast acht Jahre unter dem vergleichbaren Wert der Mitglieder des Deutschen Bundestages, die in der 11. Wahlperiode im Durchschnitt 49,3 Jahre alt waren.¹¹⁶ Fast ein Viertel der Mitglieder der CDU/DA-Fraktion (24,55 Prozent) war bei seiner Wahl in die Volkskammer am 18. März 1990 jünger als 40 Jahre. Darunter befanden sich mit Jörg Brochnow, Frank Dietrich, Detlef Gürth, Uwe Keßler, Armin Kleinau, Claudia Nolte, Kay Reimann, Silvina Paulinski und Kersten Wetzel neun Abgeordnete, die bei ihrem Einzug in die Volkskammer das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten. Die Mehrheit der Fraktionsmitglieder (51,50 Prozent) gehörte der Gruppe der 40- bis 50-Jährigen an.

Die Elitenstruktur der CDU-Abgeordneten in der Volkskammer

Die CDU-Abgeordneten waren in ihrer ganz großen Mehrheit der Partei bereits vor der politischen Wende in der DDR beigetreten, lediglich acht Prozent hatten im Herbst 1989 oder zu Beginn des Jahres 1990 den Weg in die CDU gefunden.¹¹⁷ Dass es sich bei den Parlamentariern der CDU fast ausschließlich um ältere Parteimitglieder handelte, sagt nichts darüber aus, inwieweit diese ins alte System involviert waren. Vielmehr lassen sich unter den Abgeordneten fünf Gruppen ausmachen. Da sind zunächst die Fraktionsmitglieder zu nennen, die Ute Schmidt als „nachrückende Blockeliten“¹¹⁸ beschreibt. Darunter versteht sie Abgeordnete aus der mittleren Führungsschicht der Partei, die wie Klaus Reichenbach, Harald-Dietrich Kühne, Rolf Rau oder Wolfgang Krause vor dem Herbst 1989 wichtige Funktionen auf der Bezirksebene der CDU ausübten und teilweise dem Hauptvorstand der Partei angehörten.

Eine weitere Gruppe bildeten die von Ute Schmidt als „Transformationseliten“¹¹⁹ bezeichneten Abgeordneten, die vor 1989 weitgehend inaktiv waren oder sich nur auf

114 So der Parteivorsitzende Lothar de Maizière in der Vorstandssitzung vom 10. Februar 1990. Für den Wortlaut vgl. ACDP, Bestand CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

115 Tüffers: Die CDU/DA-Fraktion in der 10. Volkskammer der DDR, S. 179.

116 Vgl. Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1983 bis 1991, S. 1597.

117 Vgl. Hausmann: Biographisches Handbuch der 10. Volkskammer der DDR, S. XVIII; Bettina Tüffers: Die 10. Volkskammer der DDR. Ein Parlament im Umbruch. Selbstwahrnehmung, Selbstparlamentarisierung, Selbstauflösung (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 173). Düsseldorf 2016, S. 69f.

118 Schmidt: Von der Blockpartei zur Volkspartei, S. 298.

119 Ebd., S. 300.

der unteren Parteiebene engagierten und in der Wendezeit zu den Reformkräften und Erneuerern der CDU zählten. Allen voran ist hier Lothar de Maizière anzuführen, der 1989/90 wie kein anderer für die personelle und inhaltliche Erneuerung der CDU in der DDR stand. Der Sonderparteitag im Dezember 1989, den de Maizière gegen innerparteiliche Widerstände durchsetzte, markierte „die entscheidende Zäsur“¹²⁰. Ein weiteres Beispiel aus dem Kreis der Transformationseliten ist Günther Krause. Im Norden des Landes gehörte er zu einer Reihe jüngerer CDU-Mitglieder, die bis dahin nur auf der Orts- und Kreisebene Ämter ausgeübt hatten und als politisch unbelastet galten. Krause ging Ende September 1989 auf Distanz zur Politik der Berliner Parteiführung um Gerald Götting und forderte die Verbreitung des „Briefes aus Weimar“ im gesamten Verband der CDU in der DDR. In der Debatte über die Erneuerung der CDU profilierte er sich als Verfechter der Sozialen Marktwirtschaft: „Soziale Marktwirtschaft statt sozialistischer Experimente, nur so überwinden wir Gleichmacherei und schaffen Gerechtigkeit – das Ziel der erneuerten CDU.“¹²¹ Ende Januar 1990 legte er einen Fahrplan zur deutschen Einheit vor und avancierte in dieser Frage zum „Meinungsführer im Norden“¹²².

Eine dritte Gruppe mit Abgeordneten, zu denen unter anderem Anne-Karin Glase, Frieder Jelen, Manfred Kober, Katharina Landgraf, Peter Lüth, Klaus Rauber und Clemens Schwalbe zählten, umfasst eine Reihe von Parteimitgliedern, die vor dem Hintergrund der Reformpolitik Gorbatschows in der Sowjetunion zwischen 1985 und 1989 der CDU beitraten und auf weitreichende Reformen in Staat und Gesellschaft der DDR hofften. Hierzu gehörte auch Else Ackermann, die mit ihrem „Brief aus Neuenhagen“ die Parteiführung in Berlin herausforderte. Die Reaktion zeigte, dass die Parteispitze der CDU zu einer grundlegenden Reformpolitik in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre nicht willens und nicht mehr fähig war. Dies galt allen voran für den langjährigen Parteivorsitzenden Gerald Götting, der bis zum politischen Umbruch im Herbst 1989 „als treuer Gefolgsmann der SED fungierte und ihre Interessen rücksichtslos in der Partei durchsetzte“.¹²³

Zum Rücktritt Göttings vom Parteivorsitz der CDU Anfang November 1989 leistete auch Uwe Grüning einen Beitrag, der Vertreter einer vierten Abgeordnetengruppe war, deren Mitglieder erst im Herbst 1989 oder zu Beginn des Jahres 1990 zur CDU kamen. Paul Krüger, Michael Luther und Johannes Nitsch repräsentierten diese Gruppe. Dass auch Grüning nach der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 Vertreter dieser Gruppe sein sollte, war im Herbst 1989 nicht abzusehen. Im Gegenteil, zu diesem Zeitpunkt sympathisierte er mit dem Neuen Forum, bis er verstand, „dass es dieser Vereinigung trotz der Hochachtung, die ich für sie empfand, nicht gelingen würde, ein politisches Programm zu vertreten“¹²⁴. Im Dezember 1989 entschied er sich schließlich zum Eintritt in die CDU und damit nach seinem Verständnis für „eine wertkonservative Partei“, denn „nur die Schätzung des Überlieferten schenkt den Blick für den Wert des

120 Ebd., S. 79.

121 Günther Krause: Unproduktivität durch Leistungskraft ersetzen, in: Der Demokrat, 19. Januar 1990.

122 Hans Jörg Hennecke: Die CDU in Mecklenburg und Vorpommern, in: Ders./Nikolaus Wertz (Hg.): Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern. München 2000, S. 15–65, hier 21.

123 Salten: Die CDU der SBZ/DDR, S. 214.

124 Uwe Grüning: Weltfremdheit und Wirklichkeitsnähe, in: Zeitschrift zur politischen Bildung 2/1991, S. 41.

Neuen und gibt Freiheit, es ohne Vorurteil und verhängnisvolle Übereilung zu wählen“¹²⁵. Wenige Wochen zuvor, am 27. Oktober 1989 auf einer Parteitagung mit Künstlern und Kulturschaffenden in der Zentralen Bildungsstätte der CDU in Burgscheidungen, war es nach einem Vortrag von Grüning über die „Abschaffung der Wirklichkeit“¹²⁶ zum großen Knall gekommen, der die Ablösung Göttings als Parteivorsitzenden beschleunigte.¹²⁷ Der Vortrag war Ausgangspunkt heftiger Kritik an der Parteiführung. Wie schon bei dem Brief aus Neuenhagen reagierte Götting hilflos und verließ umgehend den Sitzungssaal.

Die personelle und inhaltliche Erneuerung der Partei nach der Ablösung von Götting ebnete den Weg für den Beitritt von Vertreterinnen und Vertretern der Bürgerrechtsbewegung zur CDU. Dies trifft beispielsweise auf Gunter Bechstein und Claudia Nolte zu, die sich im Herbst 1989 zunächst im Neuen Forum engagierten, ehe sie zu Beginn des Jahres 1990 Mitglied der CDU wurden und sich bei den Wahlen vom 18. März 1990 erfolgreich um ein Mandat für die Volkskammer bewarben. Als im November 1989 im Neuen Forum Diskussionen über die Reformierbarkeit der DDR begannen, wurde Nolte, die eben daran nicht glaubte, klar, dass „hier nicht meine politische Heimat lag“¹²⁸. Sie gehörte wie Bechstein zu jener fünften Gruppe unter den CDU-Abgeordneten, die ihre politischen Wurzeln in den Reformbewegungen des Herbstes 1989 hatten.

Die Wahl von Lothar de Maizière zum vorläufigen Fraktionsvorsitzenden

Als die Abgeordneten dieser verschiedenen Gruppen innerhalb der CDU am 27. März 1990 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammenkamen¹²⁹, zeigte sich – wie auch in den anderen Fraktionen der neu gewählten Volkskammer¹³⁰ –, dass sich der Großteil der

125 Ebd.

126 Für den Wortlaut des Vortrages vgl. ebd., S. 36f.

127 Vgl. Ute Schmidt: Transformation einer Volkspartei – Die CDU im Prozess der deutschen Vereinigung, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hg.): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern. Opladen 1994, S. 37–74, hier 44.

128 Claudia Crawford: Das Gegenteil von Macht ist Ohnmacht, in: Beate Neuss/Hildigund Neubert (Hg.): Mut zur Verantwortung. Frauen gestalten die Politik der CDU. Köln–Weimar–Wien 2013, S. 652.

129 Die konstituierende Sitzung fand in dem „Haus der Ministerien“ in der Leipziger Straße, dem Gebäudekomplex des früheren Reichsluftfahrtministeriums, statt. Ab ihrer zweiten Sitzung tagte die Fraktion im ehemaligen Sitzungssaal des Zentralkomitees der SED, das bis zum April 1990 seinen Sitz im Gebäude der früheren Reichsbank am Werderschen Markt hatte, welches zu Beginn der 10. Wahlperiode der Volkskammer in „Haus der Parlamentarier“ umbenannt wurde. Auf die Besonderheit des Tagungsortes wies Lothar de Maizière zu Beginn der zweiten Fraktionssitzung hin: „Aber vielleicht sollten wir auch daran denken, dass in diesem Saal eben der Hochmut entstanden ist, der dann zum Fall geführt hat, und das sollte uns vielleicht Mahnung sein“ (Fraktionssitzung vom 2. April 1990, S. 73). Paul Krüger erinnert sich, dass nicht wenige Fraktionsmitglieder „eigentlich berührt“ gewesen seien, denn „wir saßen nun auf den Plätzen, auf denen Honecker, Stoph oder andere dieser ‚DDR-Größen‘ gesessen hatten und manch einer von uns fragte sich, wer wohl vorher auf seinem Platz gesessen haben mochte“ (Paul Krüger: Für einen geordneten Einigungsprozess – zur Arbeit der CDU/DA-Fraktion, in: Hans Misselwitz/Richard Schröder (Hg.): Mandat für Deutsche Einheit. Die 10. Volkskammer zwischen DDR-Verfassung und Grundgesetz. Opladen 2000, S. 153–162, hier 154).

130 Vgl. Tüffers: Die 10. Volkskammer der DDR, S. 58.

Fraktionsmitglieder nicht kannte.¹³¹ Deshalb folgte die Fraktion auch dem Vorschlag von Lothar de Maizière, zunächst nur den engeren Fraktionsvorstand – Fraktionsvorsitzender, Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden und Parlamentarische Geschäftsführer – zu wählen und die weiteren Vorstandsmitglieder in der folgenden Sitzung zu bestimmen, verbunden mit der Hoffnung, dass es bis dahin gelinge, „ein bisschen mehr Kontakt untereinander zu finden und sich ein Bild von den Kollegen in der Fraktion zu machen.“¹³² Bei seiner Wahl zum Fraktionsvorsitzenden setzte sich de Maizière in einer Kampfabstimmung gegen Sabine Bergmann-Pohl und Harald-Dietrich Kühne durch.¹³³ Gleich bei der ersten Personalentscheidung demonstrierten die Abgeordneten Selbstbewusstsein und machten deutlich, dass sie nicht bereit waren, Vorschlägen der Parteiführung – wie in der Ära Götting – ohne Weiteres zuzustimmen. Die Gegenkandidaturen dürften auch vor dem Hintergrund erfolgt sein, dass sich Abgeordnete in Stellung bringen wollten. Die Wahl de Maizières hatte vorläufigen Charakter, stellte also eine Interimslösung dar, denn der Spitzenkandidat des Wahlsiegers CDU sollte nach Abschluss der Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung zum Ministerpräsidenten gewählt werden. Unter dem Zeichen der Vorläufigkeit standen auch die Wahlen von Günther Krause und Klaus Reichenbach zu Stellvertretern des Fraktionsvorsitzenden¹³⁴ sowie von Birgit Kayser und Gerhard Pohl zu Parlamentarischen Geschäftsführern der Fraktion.¹³⁵

In seinem Bericht zur politischen Lage nach der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 unterstrich de Maizière, dass die Hauptverantwortung für das weitere Geschehen in der DDR und insbesondere für den Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands auf den Schultern der Mitglieder dieser Fraktion liege, der mit Abstand stärksten Fraktion in der Volkskammer, die die Regierung anführen werde. Mit Nachdruck appellierte er an die Fraktionsmitglieder: „Wir alle sind deshalb gefordert, in der parlamentarischen Arbeit der neuen Volkskammer, die ein Arbeitsparlament sein wird, unser Bestes zu geben, und es wird sehr, sehr viel Arbeit auf uns zukommen, und wir müssen sofort damit beginnen.“¹³⁶

Die 10. Volkskammer als Arbeitsparlament und die Frage nach dem Abgeordnetenstatus

Die Aussage, dass die 10. Volkskammer ein Arbeitsparlament sein werde, also nicht mehr jenes Akklamationsgremium, das zwei- bis dreimal im Jahr zusammentrat und vorgefertigte Beschlussvorlagen verabschiedete, musste für nicht wenige Fraktionsmitglieder „ein regelrechter Schock“¹³⁷ gewesen sein, hatten sie doch unter anderen Voraussetzungen ihre Bereitschaft zur Kandidatur für die Volkskammerwahl erklärt. Werner Henning betonte denn auch: „Ich für meinen Teil habe kandidiert unter der Voraus-

131 Vgl. Krüger: Für einen geordneten Einigungsprozess, S. 154.

132 Fraktionssitzung vom 27. März 1990, S. 29.

133 Vgl. ebd., S. 3–6.

134 Vgl. ebd., S. 66 (Krause) und 67 (Reichenbach).

135 Vgl. ebd., S. 69.

136 Ebd., S. 7.

137 Tüffers: Die CDU/DA-Fraktion in der 10. Volkskammer der DDR, S. 187.

setzung, dass dieses eine ehrenamtliche Tätigkeit ist, und ich sehe mich derzeit außerstande, mein Amt im Kreis Heiligenstadt als Vorsitzender des Rates des Kreises einfach aufzugeben. [...] Ich glaube, es wird wohl die Regel sein müssen, dass man sagt, es wird eine hauptberufliche Tätigkeit, aber es muss auch Ausnahmen in dieser Regel geben können.“¹³⁸ De Maizière stellte „Übergangslösungen“ in Aussicht und glaubte, in dieser Frage einen Kompromiss finden zu können.¹³⁹ Monika Brudlewsky, die als Sprechstundenschwester arbeitete, forderte denn auch „einen akzeptablen Kompromiss, um Weiterbildung, Wahlkampf für den 6. Mai¹⁴⁰, Gespräche mit Bürgern, die jetzt schon viele Anliegen an mich hatten, und konkrete Schritte dazu, die ich unternehmen muss, und die anfänglich ja sehr verstärkte Fraktionsarbeit unter einen Hut zu bringen.“¹⁴¹ Kompromissmöglichkeiten vermochte Martin Kirchner nicht zu erkennen, der vielmehr davor warnte, dass „ein Zwei-Klassen-System von Abgeordneten“ entstehen könne: „Auf der einen Seite derjenige, der sich von seinem Beruf trennen kann und will. Auf der anderen Seite die, die sagen, ich kann und will meinen Beruf nicht verlassen und damit automatisch oder fast automatisch aus diesem Kreis der – in Anführungsstrichen – ‚führenden Schicht‘ in der Volkskammer ausgeschlossen sind. Das wird man also noch einmal sehr genau bedenken müssen, aber wir haben uns eben mit der Realität abzufinden, wenn wir parlamentarische Arbeit wirklich ernst machen wollen, und das wollen wir ja wohl, dann ist es eben nebenbei nicht zu machen.“¹⁴²

Diese Diskussion wartete Manfred Munzig aus Gotha nicht mehr ab, der einen Tag nach der Konstituierung der Fraktion aus „rein persönlichen Gründen im Zusammenhang mit meiner weiteren beruflichen Tätigkeit“ auf die Annahme des Volkskammermandates verzichtete.¹⁴³ Auch wenn weitere Fraktionsmitglieder dem Beispiel von Munzig nicht folgten, war die Frage nach dem Abgeordnetenstatus ein Thema, das den Abgeordneten auf den Nägeln brannte. In den Ausführungen von Katharina Landgraf am Ende der zweiten Fraktionssitzung schwang fast schon Verzweiflung mit: „Wenn jetzt hier von Ihnen mich praktisch niemand unterstützen kann, muss ich morgen halb sieben wieder in meinem Arbeitsort sein, muss hier meinen Mann stehen, meine Frau. [...]“

138 Fraktionssitzung vom 27. März 1990, S. 36.

139 Ebd., S. 58.

140 Am 6. Mai 1990 fanden in der DDR Kommunalwahlen statt.

141 Fraktionssitzung vom 27. März 1990, S. 51.

142 Fraktionssitzung vom 2. April 1990, S. 117.

143 Schreiben von Manfred Munzig an die Vorsitzende der Wahlkommission der DDR, Petra Bläss, vom 28. März 1990, in: ACDP, Bestand CDU-Landesverband Thüringen, 03-051-104. Am gleichen Tag erläuterte er diese Entscheidung gegenüber dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden Lothar de Maizière: „Als Ergebnis der Fraktionssitzung vom 27. März 1990 bin ich zu der Überzeugung gelangt, mein Mandat als Volkskammerabgeordneter in der noch zur Verfügung stehenden Frist nicht anzunehmen. Meine Entscheidung begründet sich in der Tatsache, dass ich meine Bereitschaft zur Kandidatur nur unter der Maßgabe erklärt habe, dass diese Aufgabe nebenberuflich zu lösen ist. Nach den Darstellungen in der Fraktionssitzung wird dies nach jetzigen Gesichtspunkten nicht der Fall sein, zumal die anstehenden Aufgaben nur mit der ganzen Kraft der Abgeordneten gelöst werden können. Darüber gibt es auch meinerseits Übereinstimmung. Für mich persönlich stand daher die Frage, mich zwischen der politischen Arbeit und meiner beruflichen Tätigkeit zu entscheiden. Ich habe mich für die berufliche Tätigkeit entschieden, auch unter dem Aspekt, dass gegenwärtig in den Betrieben Veränderungsprozesse ablaufen, die mit denen im staatlichen Prozess gleichlaufend sind und mit viel Besonnenheit gelöst werden müssen. Die Diskussion in der Fraktionssitzung hat dies auch deutlich gemacht.“ Für den Wortlaut des Schreibens von Munzig an de Maizière vom 28. März 1990 vgl. ebd.

Aber ich hatte gesagt, gerade jetzt muss ich hier mitsprechen als berufstätige Frau und als Mutter von vier Kindern. Aber wenn Sie das heute nicht klären können, weiß ich nicht, wie ich das diese Woche schaffen soll. Ich möchte gerne mitmachen, aber ich muss eine Klärung finden, sonst muss ich morgen auf Arbeit, und wie sieht es nächste Woche aus? Wie viele Tage bin ich hier und wie viele Tage auf Arbeit?“¹⁴⁴ De Maizière versuchte, die Abgeordnete aus dem Wahlkreis Leipzig zu beruhigen und verwies auf das Arbeitsgesetzbuch und die darin enthaltenen Regelungen zur Freistellungspflicht der Betriebe.¹⁴⁵ Ergänzend wies Eberhard Goldhahn auf die Erklärung des amtierenden Volkskammerpräsidenten Günther Maleuda hin, in der es unter anderem hieß: „Die am 18. März 1990 gewählten Abgeordneten der Volkskammer sind entsprechend Artikel 60 der Verfassung der DDR bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Sie sind von ihrer beruflichen Tätigkeit freizustellen, soweit die Wahrnehmung ihrer Aufgaben als Abgeordnete das erfordert.“¹⁴⁶

Der Verweis auf das Arbeitsgesetzbuch der DDR und der Hinweis auf die Erklärung Maleudas konnten eine verbindliche rechtliche Regelung des Abgeordnetenstatus nicht ersetzen, die Günther Krause anmahnte, damit „wir nicht mit dem Ringen um die deutsche Einheit zum Sozialfall werden.“¹⁴⁷ Mit dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten der Volkskammer vom 31. Mai 1990¹⁴⁸ erfolgte eine entsprechende Regelung.

Parlamentarische Arbeit unter schwierigen Rahmenbedingungen

Auf eine hauptberufliche Tätigkeit ihrer Abgeordneten war die Volkskammer in keiner Weise vorbereitet. Die Arbeitsmöglichkeiten für die Fraktionen, die Abgeordneten und deren Mitarbeiter waren völlig unzureichend, um nicht zu sagen, sie waren „unsäglich schlecht“¹⁴⁹. Günther Krause empörte sich über den Zustand der Räumlichkeiten, die seiner Fraktion zugewiesen wurden: „Da fehlt Putz an den Decken, da sind Tapeten abgerissen, die Wände tragen eben nicht nur die Stellen, wo vielleicht die Bilder vom Honecker gehangen haben, ich möchte fast annehmen, dass da an manchen Stellen auch schon Stalin irgendwann abgenommen worden ist.“¹⁵⁰ Das Präsidium der Volkskammer setzte Mitte April 1990 eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Vizepräsidenten Stefan Gottschall ein, der ein Vertreter jeder Fraktion angehörte.¹⁵¹ Diese Arbeitsgruppe hatte die Aufgabe, die Frage der Räumlichkeiten für die Fraktionen zu klären und „schnellst-

144 Fraktionssitzung vom 2. April 1990, S. 142.

145 Das Arbeitsgesetzbuch der DDR wurde am 16. Juni 1977 von der Volkskammer beschlossen (GBl. DDR 1977 I S. 186–227). Die Freistellung von der Arbeit wurde in den Paragraphen 181 bis 188 geregelt. Nach Paragraph 182 Absatz 1 erfolgte zur Wahrnehmung staatlicher und gesellschaftlicher Funktionen eine Freistellung von der Arbeit, „soweit deren Ausübung außerhalb der Arbeitszeit nicht möglich ist“.

146 Für den Wortlaut vgl. Mitteilung des Präsidenten der Volkskammer der DDR vom 19. März 1990, in: BArch, Bestand Volkskammer der DDR, DA 1/18183.

147 Fraktionssitzung vom 10. April 1990, S. 239.

148 Für den Wortlaut vgl. GBl. DDR 1990 I S. 274f.

149 Sabine Bergmann-Pohl: Abschied ohne Tränen. Rückblick auf das Jahr der Einheit. Berlin–Frankfurt am Main 1991, S. 52.

150 Fraktionssitzung vom 10. April 1990, S. 233f.

151 Vgl. Beschlussprotokoll der Sitzung des Präsidiums der Volkskammer der DDR vom 17. April 1990, in: BArch, Bestand Volkskammer der DDR, DA 1/18755.

möglich eine deutliche Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten für die Abgeordneten“ zu erreichen. Diese Aufgabe wurde mit Blick auf die CDU/DA-Fraktion nicht erfüllt. „Es wird sicherlich so weit kommen, dass wir dann eher noch die Einheit haben“, befürchtete der Parlamentarische Geschäftsführer Clemens Schwalbe¹⁵², der Mitte Juni 1990 bei der Volkskammerpräsidentin offiziell „Protest über die Arbeitsmöglichkeiten für die Abgeordneten der CDU/DA-Fraktion“ einlegte.¹⁵³ Trotz wiederholt vorgetragenen Protestes bezüglich der Schaffung von Arbeitsplätzen von Parlamentariern im Haus der Parlamentarier habe sich an der „unzumutbaren Situation“ nichts geändert. Da erkennbar war, dass die Arbeitsplätze im Haus der Parlamentarier nicht ausreichten, um allen Fraktionen ausreichende Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, erhob die CDU/DA-Fraktion „Protest gegen die Arbeitsweise der Verwaltung der Volkskammer“ und empfahl der Präsidentin die Anmietung weiterer Gebäude, um den Fraktionen und ihren Abgeordneten geeignete Arbeitsmöglichkeiten bieten zu können.

Die Kritik an den unzureichenden Arbeitsmöglichkeiten schloss die Unterbringung der Abgeordneten während der Sitzungswochen in Berlin ein – ein Problem, dessen Lösung „bis zum Ende Stückwerk“¹⁵⁴ blieb. Der Großteil der Fraktionsmitglieder war in dem sogenannten Abgeordnetenhotel in der Ruschestraße in Berlin-Lichtenberg untergebracht. Dass es sich dabei um das ehemalige Ledigenwohnheim des Ministeriums für Staatssicherheit handelte, empfand Gerd Gies als „Zumutung“¹⁵⁵. Unzufrieden mit den Unterbringungsmöglichkeiten in Berlin zeigte sich auch Christoph Brandt: „Nach des Tages Müh und Last legt man sich schlafen, und für einen ferner Wohnenden ist das nicht zu akzeptieren, auf Dauer hier als Hotelgast zu logieren. Ich muss sagen, es gehört ein Minimum an Umgebung auch dazu, um sich zu reproduzieren, deswegen würde ich anregen, dass anzustreben ist, dass das zumindest für einen großen Teil, die dies wünschen, bescheidene, aber auskömmliche Möglichkeiten der Unterbringung auf Dauer geschaffen werden.“¹⁵⁶

Mit diesen Unzulänglichkeiten mussten sich die Abgeordneten aller Fraktionen arrangieren. Dass der Großteil von ihnen in dem Abgeordnetenhotel in der Ruschestraße Quartier bezog, bewertet Paul Krüger in der Rückschau als überaus positiv: „Im Keller dieses Plattenbaus, den viele kurz ‚Mutter Rusche‘ nannten, befand sich ein Frühstücksraum, der in den Abendstunden auch als Gaststätte genutzt wurde. So wurde es zur Gewohnheit, dass man dort nach der parlamentarischen Arbeit, häufig auch spät abends oder nachts, noch auf einen Imbiss und ein Bier zusammenkam. So konnte man miteinander ins Gespräch kommen und war nach dem Stress und den Problemen des Tages nicht selten fröhlich miteinander. So kam es nach einiger Zeit nicht selten vor, dass sich durchaus größere interfraktionelle Gruppen bis in die tiefe Nacht bei entsprechender Gitarrenbegleitung mit deutschen Volks- und Studentenliedern entspannten. Nicht wenige fühlten sich an ihre Studentenzeit erinnert. Diese unkonventionelle Art der persönlichen Kontakte beflügelte den interfraktionellen Austausch und die Zusammenarbeit mehr als irgendein anderer Umstand der parlamentarischen Arbeit.“¹⁵⁷

152 Fraktionssitzung vom 29. Mai 1990, S. 617.

153 Vgl. Schreiben von Clemens Schwalbe an die Präsidentin der Volkskammer vom 19. Juni 1990, in: BArch, DA 1/17865.

154 Tüffers: Die 10. Volkskammer der DDR, S. 166.

155 Fraktionssitzung vom 27. März 1990, S. 31.

156 Fraktionssitzung vom 10. April 1990, S. 235.

157 Krüger: Für einen geordneten Einigungsprozess, S. 157 f.